

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

4 (6.1.1921)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Belegpreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80  $\frac{1}{2}$  Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühr, monatl. Einzelgempl. 25  $\frac{1}{2}$ .  
 Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.  
 Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 11 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Von der Eisenbahnerbewegung Ansichten für eine Einigung — Die neuen Vorschläge

WTB. Berlin, 6. Jan. Am 5. Januar wurde zwischen dem 16er-Ausschuß der Eisenbahner und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums über die Forderungen der Eisenbahnenbeamten und Arbeiter verhandelt. Es kam eine Einigung auf folgender Grundvorlage zustande: Für die Beamten soll mit Wirkung vom 1. Januar d. J. an der Feuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag von 50 % auf 70 % in Ortsklasse A, auf 65 % in Ortsklasse B, auf 60 % in Ortsklasse C und auf je 55 % in Ortsklassen D und E erhöht werden. Für die Arbeiter soll vom gleichen Zeitpunkt an der Stundenlohn in der Ortsklasse A um 50  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ , in Ortsklasse B um 40  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ , in Ortsklasse C um 30  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ , in Ortsklasse D um 20  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  und in Ortsklasse E um 10  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  erhöht werden. Außerdem soll in mäßigen Breiten durch weitere Hebersteuerungszuschüsse in durch hohe Industrielöhne besonders beeinflussten Orten im Rahmen der bisherigen Richtlinien nachgeholfen werden. Der Vorsitzende Staatssekretär Stieker erklärte sich bereit, diesen Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister zur Vertretung in der Reichsregierung zu empfehlen.

Berlin, 5. Jan. (Privat.) Im Laufe des heutigen Tages sind die Ergebnisse über die Abstimmung der Eisenbahner fertiggestellt worden. Zurzeit liegen laut „Vorwärts“ drei Bezirke mit rund 50 000 Stimmen aus, die jedoch an dem endgültigen Resultat kaum etwas ändern werden. Bis jetzt abends waren 143 000 abgegebene Stimmen gezählt, von denen rund 124 500 für den Streik gestimmt haben. Die Beteiligung an der Abstimmung schwankt zwischen 70 und 88 Prozent. Kommunistische Verbände, die auf sofortige Arbeitsniederlegung in den Eisenbahnbetrieben hinarbeiteten, hatten keinen Erfolg.

### Protest gegen den Abstimmungsmodus in Oberschlesien

WTB. Berlin, 5. Jan. Die deutsche Friedensdelegation hat der Reichstagskonferenz in Paris heute eine Note übermittelt, in der nochmals gegen die Trennung der Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet anwesenden Stimmberechtigten von der Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten Einspruch erhoben wird. Das Prinzip der Einheitlichkeit des Wahlaktes wird dadurch durchbrochen. Gleichwohl aber wird auf diese Art die Abstimmung frei, geheim und uneingeschränkt bleiben. Durch die zeitliche Trennung der Abstimmung wird die Gefahr von Unruhen und einer Terrorisierung der Wahlberechtigten keineswegs beseitigt, sondern vielmehr gesteigert.

### Starke Nachfrage nach künstlichen Menschenaugen — weniger Puppenaugen

Aus dem Bericht einer holländischen Handels- und Gewerbetekammer:

#### Künstliche Menschenaugen.

Das Geschäftsbild war im ersten Vierteljahr 1920 infolge der durch den Krieg und den geringen Wert der deutschen Mark geschaffenen außergewöhnlich guten Absatzverhältnisse nach dem Auslande ein besonders günstiges. Die allgemeine wirtschaftliche Krise führte jedoch in den folgenden Monaten zu einem empfindlichen Rückschlag. Erst gegen Ende des Jahres trat eine Wiederbelebung des Geschäftes ein.

#### Einige Seiten weiter:

#### Puppenaugen.

Die Geschäftslage in der Puppenaugenindustrie während des Berichtsjahres muß im allgemeinen als schlecht bezeichnet werden. Der deutsche Markt hatte nur geringen Bedarf an Puppenaugen.

Krasser als durch diesen trodenen Geschäftsbericht können die furchtbaren Wirkungen des Krieges nicht beleuchtet werden.

### Die preussischen Landtagswahlen

Berlin, 5. Jan. (Privat.) Die Anordnungen für die sofortigen Vorbereitungen zur Aufstellung der Wählerlisten für die Landtagswahlen in Preußen sind nunmehr ergangen. In die Wählerlisten werden alle Wähler aufgenommen, die bis 20. Febr. 1921 das 20. Lebensjahr vollendet haben.

### Bethmanns Beisehung

WTB. Koblenz, 5. Jan. Der Sarg des heimgegangenen früheren Reichszanlers v. Bethmann-Hollweg war zwischen Vorberaubungen aufgebahrt worden. Als Vertreter der Reichsregierung erschien Reichsminister Dr. Heinze mit Staatssekretär Renold und Ministerialdirektor Heilbrunn. Es erschienen ferner: der frühere Reichszanler Dr. Michaelis, die früheren Staatssekretäre und Minister v. Delbrück, Helfferich, Scheuch, v. Breitenbach, Renze, Zimmermann, General Ganshow als Abgesandter des Königs von Bulgarien. Die Trauerrede hielt der frühere langjährige Gesandte von Koblenz Pawlow aus Rautenburg. Dann setzte sich die Trauerversammlung durch das Dorf nach dem Erbbegräbnis auf dem Friedhof in Bewegung. Fortbewandlung trugen den Sarg, dem die Dorflieder singend vorausschritt. An der Gruft sprach Minister Dr. Heinze. Er sagte u. a.: Im Namen der Reichsregierung sage ich dem Reichszanler von Bethmann-Hollweg den letzten Gruß. Lebewunden hat er alle Kämpfe und über dem Stab des zeitlichen Strettes erhebt sich rein das Bild seiner Persönlichkeit, deren Tugenden unverwundbar in die Herzen seiner Freunde eingetragten sind. Er war berufen, in der furchtbaren Prüfung unseres Volkes an Steuer zu stehen, ehe der Sturm überstanden war, mußte er den schicksalvollen Platz verlassen. Mächtig wäre es zu fragen, ob es ihm hätte gelingen können, das Unglück abzuwenden; das über uns hereingebrochen ist. Wohl aber dürfen wir die Erinnerung festhalten an dem Jahre der Einigkeit im Kampf und Leiden, die vornehmlich sein politisches Werk gewesen ist, die uns befähigt hat, lange Zeit dem Ansturm übermächtiger Gewässer standhalten und die auch für die Zukunft

wirken wird. Daß der Tag der Gerechtigkeit für ihn so sicher kommen wird wie für unser Volk sei der Trost für alle, die um ihn trauern.

### Schwere Kämpfe in Flensburg bei der Verdringung eines Kommunisten

WTB. Flensburg, 5. Jan. An der gestern nachmittag erfolgten Verdringung des von der Polizei auf der Flucht erschossenen Kommunistenführers Gossmann nahmen viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und anderen Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen, und es wurden aufreizende Reden an die Menge gehalten. Nach Abhaltung zweier kommunistischer Versammlungen zogen etwa 400 Personen vor die Kaserne, um dort einzubringen. Die Polizei verteidigte sich zunächst mit Feuerstrahlen und Schredschüssen. Gegen 11 Uhr abends als die Menge durch das äußere Tor der Kaserne eindrang, wurden auch scharfe Schüsse abgegeben, wobei es auf Seiten der Demonstranten 7 Tote und 22 Verwundete gab. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. 40 Personen wurden verhaftet, darunter der Führer der Flensburger Kommunisten. Noch in der Nacht verbreiteten die Mehrheitssozialdemokraten ein Flugblatt, worin sie von den Demonstranten die Rückkehr zu den Werken und die Beibehaltung der Arbeit verlangten. Der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit ist man heute morgen reiflos nachgekommen. Gegenwärtig herrscht in Flensburg wieder Ruhe.

### Demonstrationen in Hamburg

WTB. Hamburg, 5. Jan. Heute nachmittag versuchten Erwerbslose in Demonstrationszügen nach dem Rathaus vorzudringen, um dort durch eine Anordnung ihre Forderungen vorbringen zu lassen. Sie wurden aber an den Zugangstufen durch Polizeiketten und Patronen zurückgehalten und zerstreut. In der Steinstraße kam es zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei. Dabei wurde ein Polizist bedrängt und ihm sein Gewehr entzogen. Ein Oberleutnant trug durch drei Messerstiche am Hals, Brust und Seite schwere Verletzungen davon. Im übrigen ist es nitigends zu Unruhen gekommen.

### Die Jugenburgerischen Sozialistenführer für die 3. Internationale

WTB. Frankfurt a. M., 5. Jan. Wie die „Fest. Bg.“ aus Jugenburg meldet, hat der jugenburgerische sozialistische Parteitag mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungsweisen Anschluß auf die dritte Internationale angenommen. Morva Zeitin er schien auf dem Parteitag in Differenzen und trat für den bedingungslosen Anschluß ein.

### Der preussische Ministerpräsident über die Ernährung und Verdringung des Großgrundbesitzes

Münsterberg, 5. Jan. Der preussische Ministerpräsident führte in einer Rede u. a. folgendes aus: Alle Zwangsmaßnahmen und alle Gesetze können unsere Ernährung nicht bessern, wenn es uns nicht gelingt, aus unserem Boden mehr herauszuwirtschaften. Der Landhunger aller jener Kreise, die ein wohlhabendes Leben all der großen Güter ohne Rücksicht auf die Wichtigkeit derselben fordern, dürfe nicht in übertriebener Weise befriedigt werden. Seit dem 1. Januar 1919 wurden über 80 000 Morgen Land an über 16 000 Kleinrentner in volles Eigentum und über 120 000 Morgen pachtweise abgegeben. Für das Reich verlange Braun eine der preussischen konformen Regierung, die sich auf eine tragfähige und fest auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehende Mehrheitsstütze stützen könne.

### Vor der Unterzeichnung des englisch-russischen Handelsvertrags

WTB. Berlin, 5. Jan. Nach einer amtlichen Londoner Meldung ist der Handelsvertrag zwischen England und Rußland zur Unterzeichnung bereit. Die immer stärker fühlbar industrielle Krise in England macht die Öffnung des ungeheuren russischen Marktes zur Notwendigkeit. Demgegenüber mußte die Rücksicht auf den französischen Widerstand gegen eine feste Anerkennung der Sowjetregierung in den Hintergrund treten. Auch aus diesem Grunde hat Lloyd George jetzt besonderes Verlangen, sich mit dem französischen Kollegen zu treffen.

### Gefahren für Rumänien

WTB. London, 5. Jan. Die Agentur Reuters ist durch ein Telegramm des rumänischen Außenministers Take Jonesku informiert worden, daß Rumänien sich in einer sehr ersten Lage befinde. Ueber 12 Divisionen bolschewistischer Truppen sind an verschiedenen Stellen der rumänisch-russischen Grenze konzentriert. Ungarische Truppen haben trotz der Entscheidung der interalliierten Kommission die neutrale Zone besetzt. Große Mengen Munition werden täglich fabriziert. Die rumänische Regierung hat deshalb die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen auf die Dinge gelenkt, die sich unter den Augen ihrer Offiziere abspielen. Eine weitere Demobilisierung sei unmöglich, bevor sich die Situation aufgeklärt habe.

### Nationalistische französische Schepostel

Paris, 5. Jan. Der Abg. Raymond hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er beim Wiedereintritt der Kammer die Regierung über die Entwaffnung Deutschlands befragen werde. Der genannte Abgeordnete fragt in seinem Briefe an, worauf der Ministerpräsident noch warte, um die vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland auszuführen. Der Ministerpräsident hat nach dem „Petit Parisien“ den Oberkommandierenden der Besatzungsarmee General Degoutte, empfangen und sich mit ihm eine längere Zeit unterhalten.

### Zur Bewegung der Beamten und Staatsarbeiter

Von Georg Schöpflein

Der von mir in Nr. 290 des „Volkshfreund“ verfaßte Artikel über die Beamtenbewegung, wie auch meine Ausführungen in der Ruppurrer Versammlung haben sowohl bei Beamten wie bei Staatsarbeitern zum Teil lebhaften Mißmut erregt, weil ich leider darlegen mußte, daß momentan die reiflose Erfüllung der an und für sich berechtigten Forderungen an der traurigen Finanzlage scheitern werde. Die entstehende Mißstimmung ist menschlich durchaus verständlich. Die Beamten und die Staatsarbeiter stehen in einer ungemein ersten Bewegung, die unter Umständen zum offenen Kampfe führen kann. In einer solchen Situation sind naturgemäß die Gemüter sehr lebhaft bewegt; im vorliegenden Falle umso mehr, weil erstens die Beamten und Staatsarbeiter zum erstenmale in einer so großen Bewegung sich befinden, dann aber auch, und das wohl hauptsächlich, weil diese Bewegung aus einer bitter harten Notlage der Beteiligten heraus entstanden ist. Es ist ja leider Wahrheit, was Genosse Steinbock am 9. Dezember v. J. bei Vertagung der Teuerungszuschläge für die Beamten im Reichstage an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat:

„Es ließe Eulen nach Athen tragen, wollte man über die Not der Beamten überhaupt noch ein Wort verlieren. Wir wissen alle, daß die Not bis aufs höchste gestiegen ist und kaum noch überboten werden kann.“

Diese Tatsache veranlaßte mich, in Nr. 290 des „Volkshfreund“ am Schlusse des Artikels zu schreiben:

„Wir verstehen es, wenn sowohl in der Beamten- wie in der Arbeiterschaft bei der Ablehnung von Forderungen der berechtigte Unwille darüber ausbricht, daß gegen das Wucherer- und Schiebergeindel nicht mit der Strenge vorgegangen wird, wie es möglich und wünschenswert ist. Daß mit der Erhebung und der Einziehung der Beiträge nicht das Tempo eingehalten worden ist, das unsere Finanzlage gebietet, erregt mit Recht täglich neues böses Blut. . . . Unerschütterlich auf die Dauer ist für das Bewußtsein der Massen, daß die beherrschenden Kreise nicht nur an allen heute zur Verfügung stehenden Lebensmitteln, sondern auch an den raffiniertesten Delikatessen sich erlaben können, während die Masse des Volkes vor den gefüllten Schanfenstern steht und mit dem unruhigen Inruhenden Wagen dann wieder abfährt. . . . Wir wissen uns frei von jeder Neigung zu Drohungen, aber wir haben die verdamnte Pflicht zu ersten Maßnahmen. Diese Pflicht über wir, ohne uns um Tagesstimmungen zu kümmern, nach jeder Seite hin, aber der Moment kann kommen, wo es die Pflicht gebietet zum Kampfe zu blasen.“

Vorher hatte ich in dem erwähnten Artikel dargelegt, daß m. E. die Finanzlage des Reiches, der Staaten und der Gemeinden es gegenwärtig unmöglich machen, alle der damals bekannt gewordenen Forderungen der Beamten und Staatsarbeiter zu bewilligen. Ich wendete mich aber gegen die Regierung und gegen die bürgerlichen Parteien, weil sie nicht ernstlich beabsichtigt haben, wenigstens den Weg der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge zu betreten. So dann schrieb ich wörtlich weiter:

„Gewiß, die Beamten wären weder durch den sozialdemokratischen Antrag noch durch eine teilweise Annahme zufriedengestellt gewesen. So erstrebens- und wünschenswert es auch ist, die Zufriedenheit der Beamten wie aller Notleidenden zu erlangen, ent sch e i d e n d mußte sein, bis an die äußerste Grenze des Möglichen zu gehen, um den Beamten entgegenzukommen.“

Und in der Ruppurrer Versammlung sagte ich, wiederum wörtlich:

„Sobald aber die Finanzlage des Reiches auch nur einigermaßen es gestattet, den Beamten und Staatsarbeitern die gebotene volle Aufseherung zu geben, muß das geschehen.“

In der gleichen Rede hatte ich weiter ausgeführt:

„. . . Die Gehälter der Beamten — besonders der unteren Beamten — sind derart niedrig, daß, wenn alle Forderungen der Beamten reiflos erfüllt werden, wahrscheinlich auch nicht ein Beamter mehr erhält, als er unbedingt zum Leben gebraucht. Darum sind die Forderungen der Beamten im allgemeinen berechtigt.“

Also: ich verlange vom Parlament und von der Regierung, daß sie sofort im Entgegenkommen an die Beamten und Arbeiter bis an die äußerste Grenze des Möglichen gehen müßten; ich habe ausdrücklich die bittere Not der Beamten und Staatsarbeiter herbor und fordere, daß, sobald die Finanzlage es auch nur einigermaßen gestattet, diesen Kategorien der Schaffenden die volle, von ihnen geforderte Aufseherung gewährt werden muß.

Und trotzdem: unter den Staatsarbeitern wie unter den Beamten werde ich als Gegner der berechtigten Forderungen der Staatsangestellten verfochten. Wie ist das möglich, trotzdem das, was ich geschrieben und gesagt habe, sehr leicht im „Volkshfreund“ nachgesehen und kontrolliert werden kann? Man nehme es mir nicht übel; einfach deshalb, weil die Beteiligten in ihrer berechtigten, durch die Situation bedingten Aufregung das, was ich im „Volkshfreund“ veröffentlicht habe, nur sehr oberflächlich, viele auch fast vornehmlich oder gar nicht gelesen haben. Sonst wäre es undenkbar, daß die nicht auf Tatsachen gegründete Mißstimmung hätte entstehen können.

Du lieber Himmel, wie könnte ich die Notlage gerade der unteren und auch der mittleren Beamten übersehen oder nicht beza-



sehen wollen! Vor mir liegt die Befehlsordnung. Außer dem lebe ich doch nicht auf dem Mond, sondern gleich Millionen ebenfalls schwergeprüfter Menschen in unserem armenigen, von den furchtbaren Kriegswirungen, den Wucherern, den Schiebern, den Profitjägern und anderem Gesindel heimgegriffen Deutschland. Und schließlich bin ich doch auch „Beamter“, d. h. Angestellter einer Partei, die Angesichts der ganzen wirtschaftlichen Sachlage ihre Angestellten materiell auch nicht auf Rosen betten kann.

Aber halt: mein „Verbrechen“ besteht darin, daß ich offen und frei heraus sage, daß die momentane Finanzlage des Reiches, wie der Gliedstaaten die volle Bewilligung aller gestellten Forderungen unmöglich macht. Gewiß, bewilligen könnte man ja alles, aber mit der Durchführung würde es binnen aller kürzester Frist ganz anders aussehen. In noch höherem Maße als gemeinhin, ist m. E. ein Abgeordneter verpflichtet, in unerschütterlicher Aufrichtigkeit und Klarheit in allen Situationen zu seinen Wählern zu stehen. Und es macht auf mich auch keinen Eindruck, wenn mir, wie es geschieht, entgegengehalten wird, daß z. B. andere, speziell bürgerliche Abgeordnete so „schlau“ seien, nicht klipp und klar zu sagen, was sie in dieser Angelegenheit denken. Für andere bin ich nicht verantwortlich und erst recht nicht für bürgerliche Volksvertreter.

Wenn der verantwortliche Reichsfinanzminister, wenn auch die Finanzminister der Gliedstaaten übereinstimmend erklären, Angesichts der Finanzen sei es unmöglich, außer man wolle eine Katastrophe eventuell herbeiführen, alle Forderungen unter den momentanen gegebenen Verhältnissen zu bewilligen, und wenn ich selbst auf Grund der Betrachtung unserer Lage diese Auffassung nicht zu widerlegen vermag, dann bin ich für meinen Teil nicht gewissenlos genug, über meine Stellung und Ansicht zu schweigen, der schuldigen offenen und aufrichtigen Antwort auszuweichen zu wollen. Ein Vierteljahrhundert intensiver Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung und des politischen Lebens haben mich gelehrt, von diesem Grundsatz unter keinen Umständen und auf keine Gefahr hin abzuweichen.

So werde ich es also auch bei der in Fluß gekommenen Bewegung der Beamten und Staatsarbeiter halten. Im Entgegenkommen an sie muß bis an die denkbar äußerste Grenze gegangen werden, denn sie leiden schwere Not. Vornehmlich müssen deshalb die rasch zu erfolgenden Zugeständnisse der Regierung und des Parlaments den unteren Beamten wie den Staatsarbeitern zugute kommen. Und wenn, was zu hoffen ist, falls wir nicht eine Katastrophe im allgemeinen erleben, die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands sich bessert, so ist es eine der ersten und hauptsächlichsten Pflichten der Regierung und der Parlamente, den Beamten und Arbeitern des Staates ausreichend zu Hilfe zu kommen. Ohne eine berufsbewußte Beamtenschaft, ohne eine arbeitsergebige Arbeiterkraft können wir den Wiederaufbau unmöglich durchführen. Zur Berufs- und Arbeitsfrage gehört eine Fülle, bei der der Hunger und die brutale Not nicht täglich gähnend zu Gast sitzen.

Aber auf der anderen Seite sollen doch auch die Beamten und Staatsarbeiter dafür etwas Verständnis haben, wenn sie auf die äußerste Grenze des momentanen möglichen hingewiesen werden. Diese Grenze in der Leidenschaft und selbst bei Vertretung noch so berechtigter Forderungen zu überschreiten, wird und muß sich letzten Endes rächen. Darum erscheint es mir als ein großes Unrecht an den Beamten und Staatsarbeitern, wenn man bei ihnen gar noch die Auffassung nährt, als könnten gegenwärtig sofort alle ihre — durchaus berechtigten — Forderungen praktisch verwirklicht werden. Und es ist m. E. im Augenblick auch keine Finanzoperation oder Steueraktion möglich, die die Mittel schafft, um sofort alle Forderungen zu erfüllen. Aber schnelle Hilfe muß ihnen werden und sie hätte schon gesehen können. Es ist ja ein besonderes Unglück bei der eingetretenen Bewegung der Beamten und Staatsarbeiter, daß sie, wenigstens in den unteren Stufen, nun gleichsam mit Riesenschritten nachholen sollen, was durch die furchtbare Schuld der Parlamente und der Regierungen während des kaiserlichen Deutschlands an ihnen in bezug auf materielle Stellung gesündigt worden ist. Wären die bürgerlichen Parteien und die Regierung früher nicht so verblindet gewesen, z. B. die unteren und mittleren Eisenbahn- und Postbeamten, ebenso auch die meisten Staatsarbeiter so gering, ja teilweise geradezu elend zu entlohnen, würde selbstverständlich die jetzige Bewegung dieser Kategorien von Volksgenossen einen viel ruhigeren Verlauf nehmen. So aber rächt sich auch auf diesem Gebiete die unheimliche und verblendete Politik der Reichsregierungen und Parlamentsmehrheiten im alten Deutschland.

Der 9. November 1918 hat auch den Beamten und Staatsarbeitern die Ketten zerbrochen, an die sie politisch und

in der Vertretung ihrer Berufsinteressen gefesselt waren. Dazu gesellte sich die harte Not der Nachkriegszeit. Das Wunder, wenn sie in der jungen Freiheit etwas eilenden Fußes dahinzuführen versuchen. Aber, mit welchem Rechte klagen sie heute den der angeblichen Gegnerschaft gegen ihre Bestrebungen an, der jahrzehntlang im Parlament, in der Presse und in Versammlungen gerade auch für die Interessen der Beamten und der Staatsarbeiter eingetreten ist? Und glauben die Staatsarbeiter, besonders auch die Eisenbahner, besser beraten zu sein, wenn sie heute auf die durchsichtigen propagandistischen Anstrengungen der Kommunisten hören, anstatt auf die offenen und ehrlichen Darlegungen derjenigen, die das Mögliche und Erreichbare wollen. Die Grenze des Erreichbaren und Möglichen ist uns allen aber durch die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches vorgezeichnet. Es wäre furchtbar für Deutschland und seine Entwicklung, wenn die erste große Bewegung der Beamten und Staatsarbeiter mit einem Mißerfolg enden würde. Und ebenso schlimm wäre es, wenn einschneidende Maßnahmen nicht in Erfüllung gehen würden. Vor dem Kampfe kritische Prüfung der eigenen Kräfte und des Erreichbaren; im Kampfe selbst aber treue Kameradschaft und Solidarität.

### Die Defizitwirtschaft der Eisenbahnen 100 Prozent Erhöhung der Personen- und Gütertarife

Berlin, 5. Jan. In der Besprechung im Reichsfinanzministerium, die zwischen Vertretern der Beamten- und Eisenbahnerorganisationen und Vertretern der Reichsregierung stattfand, fanden besonders Interesse die Mitteilungen, die der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Staatssekretär Stöcker, über die Defizitwirtschaft der Eisenbahnen und über die Mittel und Wege einer Besserung machte. Nach seinen Ausführungen besteht ein Ueberfluß an Beamten bei der Eisenbahn nicht, da der Achtstundentageslohn, der verlängerte Urlaub und die Neuregelung des Dienstes den Personalbestand gegen die Friedenszeit um 25 bis 27 Prozent gesteigert haben. Die Verteilung der Beamten sei infolge der Wohnungsnot sehr ungleichmäßig, da einzelne Direktionsbezirke Beamte über den Bedarf hinaus befähigen, während in anderen Direktionen eben infolge der Unmöglichkeit der Unterbringung Mangel an Personal bestehe. Die Ausgaben für Material usw., die um 3000 bis 4000 Prozent gestiegen seien, seien so ungeheuerlich, daß, auch wenn das rund eine Million Personen betragende Personal der Reichseisenbahnen seinen Pfennig Gehalt bekäme, doch immer noch ein erhebliches Defizit vorhanden wäre. Augenblicklich betrage der Reibebetrag auf den Bahnen 15 Milliarden im Jahre, ohne Einrechnung der neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter. Der Tarifausfluß des Defizit-ausschusses sei nach eingehenden Prüfungen zu dem Ergebnis gekommen, daß mit Erparnissen, die hier und dort gemacht werden könnten, an der traurigen Finanzlage der Bahnen nichts geändert werden könne. Auf je eine Mark Einnahme bei der Eisenbahn kämen zwei Mark Ausgaben. Um die Verhältnisse zu stabilisieren, würde es also notwendig sein, die Personentarife von 450 Prozent der Friedenssätze auf 900 Prozent und die Gütertarife von 600 auf 1200 Prozent zu erhöhen. Allerdings wolle man bei den Erhöhungen Abstufungen vornehmen und die unteren Klassen und besonders auf den notwendigen Güterverkehr. Das Reichsverkehrsministerium arbeite jetzt an einem Sanierungsprogramm und man hoffe, im Laufe des neuen Jahres, also zum 1. April 1922, aus der Unterbrechung herauszukommen.

Die Aussprache im Reichsfinanzministerium hat auch einige Klagen darüber gebracht, welche Mehrbelastung für das Reich die Bewilligung der Ansprüche der Organisationen entstehen würden. Die Regierung, die bereits ein Programm für die Erhöhung der Löhne ausgearbeitet hat, rechnet damit, daß etwa 2 Milliarden Mark jährlich notwendig sein werden, um entsprechend der Ortsklassifizierung eine Erhöhung in allen Gehaltsklassen vornehmen zu können. Würden die Wünsche der Beamten ohne Einschränkung befriedigt, so müßte das Reich etwa 6 Milliarden jährlich mehr aufbringen.

### Abstimmungen der Eisenbahner

Mainz, 5. Jan. An der vom 29. bis 31. Dezember erfolgten Urabstimmung der Mitglieder der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter im Direktionsbezirk Mainz beteiligten sich 93 Prozent. Für die Durchsetzung der Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln stimmten 82,4 Prozent.

Magdeburg, 5. Jan. Im Eisenbahndirektionsbezirk Magdeburg stimmten 90 Prozent der Mitgliederzahl der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Angewandter über die Streikfrage ab. Zu der Frage, ob sie mit den Beschlüssen des Reichstages einverstanden seien, stimmten 94 Prozent mit Nein, zu der Frage, ob das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, angewandt werden soll, stimmten 82 Prozent mit Ja.

Remel, 5. Jan. Zur Eisenbahner-Abstimmung in Deutschland erfaßt das Remeler „Dampfboot“, daß in dem Remeler Gebiet, dessen Eisenbahnen durch das Reich betrieben werden, keine Abstimmung unter den Eisenbahner-Kattgefeunden hat. Die Eisenbahner stehen auf dem Standpunkt, daß sie sich gewissermaßen als memelländische Beamte betrachten und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Remelgebietes nicht in einen Streik eintreten würden.

### Die Abstimmung in Oberschlesien Das Abstimmungsreglement

W.D. Beuthen, 5. Jan. Nach dem nunmehr veröffentlichten Abstimmungsreglement für Oberschlesien ist zur Teilnahme an der Abstimmung jede Person ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, die am 1. 11. 1921 das 20. Lebensjahr vollendet hat und in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren ist, oder seit dem 1. Januar 1904 oder früher den Wohnsitz im Abstimmungsbezirk hat, oder, wie es in dem Reglement heißt, von der deutschen Regierung ausgewiesen worden ist. Gestrichelte oder entmündigte Personen sind von der Abstimmung ausgeschlossen. Die Stimmberechtigten werden in folgende vier Kategorien eingeteilt: a) in Oberschlesien Geborene oder in diesen Gebieten Wohnende, b) in Oberschlesien Geborene, aber hier nicht Wohnende, c) außerhalb Oberschlesiens Geborene, seit 1904 oder einem früheren Zeitpunkt in diesen Gebieten Wohnende, d) außerhalb Oberschlesiens Geborene, die im Abstimmungsgebiet am 10. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, aber infolge von Ausweisung durch die deutschen Behörden diesen nicht beibehalten haben. Jeder stimmt in der Gemeinde ab, in der er am 1. 1. 1920 seinen Wohnsitz hatte oder, wenn er nicht in Oberschlesien wohnt, in der Gemeinde, in der er geboren ist. Das Abstimmungsreglement wird gemeindeweise nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt. Am 14. Januar beginnt die dreiwöchentliche Frist für die Eintragung in die Listen. Am 8. Februar bis 6 Uhr abends Schluß der Eintragung. Am 6. Februar beginnt die Aufzählung der vorläufigen Stimmlisten. Am 8. Februar, 6 Uhr abends, läuft die Frist für die Einreichung von Einsprüchen ab. Am 8. März, 6 Uhr abends, läuft die Frist für die Einreichung der interalliierten Verträge über die Einprüche ab. Wahltag werden durch die Regierungskommission später bekannt gegeben. Der paritätische Ausschuss besteht aus vier Mitgliedern, denen außerordentliche Mitglieder zur Unterstützung beim Vertreten beigegeben werden. Dabei wird beiden Parteien, den Polen und den Deutschen, gleiche Vertretung gewährleistet. Das Wahlbüro muß 10 Tage vor dem Abstimmungsstermin gebildet sein.

Personen, die nach dem 1. Januar 1920 ihren Wohnsitz verändert haben, müssen selbst umgehend dafür Sorge tragen, daß sie in der Gemeinde eingetragen werden, in der sie zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben. Die in Oberschlesien geborenen, aber dort nicht wohnenden Personen, sowie die außerhalb Oberschlesiens geborenen, dort aber seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnenden Personen haben an den paritätischen Ausschuss der Gemeinde, in der sie ihr Wahlrecht ausüben dürfen, ein eigenhändig unterschriebenes, von ihnen persönlich ausgefertigtes Verzeichnis mit einem bestimmten Muster einzureichen, dem die Ausweispapiere beizufügen sind. Dem Eintragungsgesuch sind außerdem zwei Exemplare eines vor kurzer Zeit aufgenommenen und von der Gemeinde und Polizeibehörde des jetzigen Wohnortes des Antragstellers gemachten und bestärkten Lichtbildes beizufügen, von denen eines zur Ausstellung des Personalausweises verwendet wird, das bei der Einreise in Oberschlesien als Paß und sodann als Stimmkarte zu dienen hat. Ihr Gesuch muß weiter die genannten Angaben des letzten Wohnsitzes im Abstimmungsgebiet, sowie die Angabe der Zeit, zu der das Gebiet verlassen wurde, enthalten. Es hat alle zum Ausweis ihrer Person erforderlichen Angaben, sowie mit Ausnahme von Fällen, wo dies offenbar nicht möglich ist, die Bezeichnung zweier oder mehrerer in ihrer Geburtskommune, oder in Ermanglung solcher in einer anderen Ortsgemeinde in Oberschlesien wohnenden Personen, die deren Identität bezeugen können, zu enthalten. Die außer-

## Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.  
(Fortsetzung.)

Eines Tages kam er um drei Uhr nachmittags in Vertaus an, die Reute waren alle auf dem Felde. Er trat in die Küche, ohne Emma gleich zu bemerken, da die Türen geschlossen waren, und eine tiefe Dämmerung im Raume herrschte. Durch die Spalten sah die Sonne schmale Lichtstreifen ins Zimmer, die sich an den Ecken der Möbel brachen und an der Decke satterten. Fliegen umschwirrten die Gläser, die auf dem Tische standen; sie saugelten und ertranken zum Schluß in den Apfelweinresten. Durch den Kamin drang ein wenig Tageslicht ein, ließ den Fuß wie Samt schimmern und färbte die Äsche bläulich. Zwischen dem Fenster und dem Herde sah Emma und wachte. Sie hatte ihr Büfettuch abgelegt, auf ihren nackten Schultern glänzten kleine Schweißtropfen.

Nach ländlicher Sitte bot sie ihm etwas zu trinken an. Er lehnte es ab, sie bestand aber darauf und bot ihm zum Schluß lachend, ein Glas Likör mit ihr zu trinken. Sie holte darauf eine Flasche Curaçao aus dem Wandschrank nebst zwei Gläsern, füllte eins bis zum Rande und goß in das andere ein paar Tropfen, stieß mit ihm an und drückte ihr Gläschen an die Lippen. Da es fast leer war, mußte sie sich weit zurückbeugen und die Lippen spiken. Sie lachte, als auch dann noch nichts herausstehen wollte, und leckte schließlich mit ihrem feinen spitzen Zünglein zwischen den weißen Zähnen hindurch das Gläschen aus.

Dann setzte sie sich wieder und begann von neuem zu arbeiten. Sie stopfte einen weissen wollenen Strumpf und blühte schweigend mit gekletterter Stirn auf ihn nieder. Auch Karl sprach nicht. Der Wind, der durch eine Spalte unter der Tür herdrang, wirbelte ein wenig Staub von den Steinfliesen auf. Karl sah dem Spiel der Staubchen zu und fühlte nichts mehr als ein sanftes Kochen in seinem Kopfe. Alles war still, hinten im Hofe nur gedackte eine Henne. Emma kühlte sich von Zeit zu Zeit die Wangen, indem sie ihre Handflächen, die sie vorher auf das Eisen am Kamin gedrückt, gegen das Gesicht preschte.

Sie fragte, daß sie seit dem Anfang des Jahres an Schwindelanfällen leide und fragte, ob da Seebad nicht sehr zuträglich seien. Dann erzählte sie von ihrem Aufenthalt im Kloster; Karl brach von seiner Studienzeit, und sie gerieten allmählich

in eine ganz lebhaft unterhaltung. Bald stiegen sie in Emmas Zimmer empor, und sie zeigte ihm ihre Notenhäfte, die kleinen Bücher, die sie als Preise bekommen, und kleine Kränze aus Eisenlaub, die verlassen unten im Schranke lagen. Dann sprach sie auch von ihrer Mutter, vom Kirchhof, und wies ihm das Beet im Garten, von dem die Blumen pflügte, die sie jeden ersten Feiertag im Monat auf das Grab der Verstorbenen legte. Der Gärtner verstand gar nichts, auf den konnte sie sich nicht verlassen. Wie schön wäre es, wenn man, wenn auch nur während des Winters, in der Stadt wohnen könnte. Obwohl ja eigentlich gerade die langen Sommerstage auf dem Lande so unaußerordentlich sind! Je nach dem, was sie sagte, sang ihre Stimme hell und klar oder weich, verflücht, schmelzend, fast gestöhrt, als spräche sie zu sich selbst; bald war sie wieder voller Fröhlichkeit, ihre Augen in unbefangener Natürlichkeit, bald hatte sie die Lider halb geschlossen, ihr Blick war in traurigen Ernst getaucht, und sie schien sich in Gedanken zu verlieren.

Als Karl sich am Abend nach Hause begab, rief er sich jedes Wort, das sie gesprochen, ins Gedächtnis zurück, suchte dessen Sinn zu ergründen und zu ergänzen, um sich eine Vorstellung von ihr aus der Zeit zu machen, in der er sie noch nicht gekannt hatte. Doch sah er sie in seinen Gedanken nie anders, als wie er sie zum erstenmal oder jetzt eben beim Verlassen gesehen. Dann fragte er sich, wie es wohl werden würde, wenn sie sich verheiratete — wer würde sie heiraten? Ach! Der Vater Rouault war reich, und sie... so schön.

Emmas Antlitz schwebte ihm immer und immer wieder vor, und wie das einförmige Gebrumm eines Kreiselers Klang es ihm unablässig in den Ohren: Wenn du es wärst! Wenn du es wärst! Er schlief in dieser Nacht gar nicht, seine Kniele war trocken, es dürrte ihn. Als er aufstand, um sich die Wasserfontäne zu holen, öffnete er das Fenster; der Himmel war mit Sternen überfüllt, ein lauer Wind drang zu ihm herein, in der Ferne bellten Hunde. Er sah lange nach der Richtung hin, wo Vertaus lag.

Er riskierte ja mit einer bloßen Anfrage nicht — deshalb beschloß er, sowie die Gelegenheit es mit sich brachte, um Emmas Hand anzuhalten. Doch sollte eine Gelegenheit kam, fürchtete er, nicht die rechten Worte zu finden und schweig.

Dem alten Rouault war der Gedanke, seine Tochter herzugeben zu müssen, gar nicht so furchtbar. Im Hause war sie nicht von allzu großem Nutzen; und er nahm es ihr nicht einmal übel, denn er fand, daß sie für die Landwirtschaft zu gut sei und viel zu viel Verstand dafür besäße. Ueberhaupt ein

Landwirt ist ein geplagter armer Teufel, zum Millionär hat es noch niemand in diesem verfluchten Beruf gebracht. Er setzte jedenfalls jedes Jahr noch zu. Denn wenn er auf dem Markte auch seinen Mann fand und alle Schätze im Verkauf konnte, so behagte ihm doch die eigentliche Bewirtschaftung sehr wenig. Er zog nicht gern, wo es sich um Ausgaben für seine Persönlichkeit handelte. Er wollte gern gut speisen, angenehm wohnen und weich schlafen. Er liebte starken Biber, fettige, halb durchgebratene Hammelkeulen und gut verklärte „Glorias“. Er nahm seine Mahlzeiten allein in der Küche ein, und zu diesem Zweck trug man ihm wie auf dem Theater ein fertiges gedecktes Tischlein an den Herz.

Als er nun bemerkte, daß Karl oft mit roten Wangen neben seiner Tochter saß, was doch nur einen halbigen Antrag bedeuten konnte, überlegte er sich seine Antwort schon im Voraus.

Gewiß hatte Bovary nur wenig „Schneid“ und war überhaupt nicht der Schwiegersohn, den er sich eigentlich gewünscht hatte. Aber er war ein Mann, der einen guten Reumund hatte, als sparsam und ehrenhaft bekannt war und für sehr tüchtig in seinem Berufe galt. Auch sah er nicht so aus, als würde er seinen Schwiegervater wegen der Mühsal schiltieren. Unten er obendrein daran dachte, daß er vor kurzem zwei- undzwanzig Morgen hatte verkaufen müssen, um Rouault und Sattler zu bezahlen, und daß er sich eine neue Kletter anschaffen mußte, so kam er zu dem Schluß: Wenn er sie haben will, ja werde ich ja sagen.

Um Michaelis herum war Karl drei Tage in Vertaus zu Besuch. Der letzte Tag war wie die vorhergehenden Viertelstunde auf Viertelstunde dahingegangen. Der alte Rouault begleitete seinen Gast zum Hofe eine Viertelstunde Weges weit. Sie schritten schweigend durch einen Hohlweg neben einander her. Nun war der Augenblick gekommen. Karl gab sich noch eine letzte Frist bis zum Ende der Heide und sagte dann ganz leise: „Ach, lieber Herr Rouault, ich möchte Ihnen gern etwas sagen.“ Sie blieben stehen. Karl schwieg schon wieder.

„Ja, erzählen Sie nur,“ antwortete Rouault und lachte gutmütig, „ich weiß ja doch schon alles.“

„Lieber Herr Rouault... lieber Herr Rouault...“

(Fortsetzung folgt.)



erfolg-
schaft Deut-
rechtsbezirk
schung der
stimmen

geb Oberhiesiens Geborenen, die dort seit dem 1. Januar
1904 oder früher wohnen, haben sich über die Dauer und Be-
ständigkeit ihres Aufenthaltes in Oberhiesien auszuweisen.

Wohin geht der Kurs?

Was wird geschrieben: Durch den Rechnungshof wurde am
28. November 1920 ein Erlass Nr. 11 118 betreffend Nachprüfung
der Eingruppierung der Angestellten in den Reichsteilnahmevertrag
zurückgegeben.

Der Rechnungshof möge eine Aufklärung darüber geben,
warum nur der Negativator in der Vergütungsgruppe V kommen
darf, der früher Intendanturregistrator war und warum nicht
derjenige, welcher die ihm heute zugewiesene Arbeit richtig und
sachgemäß erledigt.

Von der bayerischen Königsparlei

Zu Bayern besteht bekanntlich schon seit längerem eine
Königsparlei, die sich seit dem Regierungsantritt des Herrn
v. Raabe größten Wachstums erfreut.

Auf zur Wahrheit

Von Henry Barbusse

(Nach während der Kriegszeit fand sich in
Frankreich eine Schaar Intellektueller, die allen
Verfolgungen zum Trotz sich entschieden gegen die
Lüge wandten)

Die Wahrheit ist revolutionär!
Nur von denen dürfen wir etwas erwarten, die der Frieden
zu harter Arbeit verdammt und der Krieg zum Tod — sie
brauchen nur eines: Licht.

Die Wahrheit ist einfach. Die da sagen, die Wahrheit sei
berniedelt, irren sich; nicht sie ist berniedelt. —
Es ist eine Schande für einen Menschen, ein armes Kind
zu sehen. Es ist gleichfalls eine Schande für einen Menschen,
ein reiches Kind zu sehen.

Gleichheit in der Idee, Ungleichheit im Tatsächlichen. Sie
sehen im Anbruch der Menschlichkeit den Beginn ihres Unheils.
Die Wurzel aber des Unheils ist die Erbschaft.

Die Ueberlieferung, die künstlich die Gegenwart an den
Blut der Vergangenheit löst, erfindet eine Rente, wo gar keine
existiert. Und an dieser Rente hängt alles Unheil der Menschen.

In die echte Wahrheit knüpft sie noch zum Ueberflus der Tat-
sachen Tradition geht der Recht; der Vernunft nimmt sie jede
Freiheit und zwingt ihr statt dessen Legenden auf, die keiner
näher unterzucht darf.

Das Allgemeininteresse muß über das nationale Interesse
gestellt werden denn es steht wohl höher.

In dieser Welt der Unordnung, wo es möglich ist, daß die
Schwache Einzelner die Kraft aller unterdrückt, herrscht die
Tradition, das Dogma, die blinde Abhängigkeit, was war,
und dessen, was ist — Gott ohne Kopf; denn die Religion des
Schlachten Gottes und des Gottes der Ergebung genügt allein
nicht mehr, um jenseitige Ungleichheit zu sanktionieren. Das Ge-
schick der Menschen ist auf ewig eingemauert in die beiden
Formen der Tradition: im Zeitlichen durch Erbschaftsübertra-

Preußenwahlen, um dann auch eine preußische Königsparlei zu
gründen, die im Verein mit den anderen in Bayern und Sach-
sen ein Hort finsterner Reaktion sein und die Wiedererrichtung
des alten Kaiserturns vorbereiten wird.

Politischer Wetterumschlag

Zu einem Neujahrsartikel der reaktionären „Post“ spricht
der deutschnationale Landtagsabgeordnete Professor Kähter den
deutschnationalen Reichstagsabgeordneten aus, der dahin geht, daß die
Preußenwahlen einen allgemeinen politischen Wetterumschlag
bringen möchten.

Die Reichstagswahlen haben die Sozialdemokratie gezwungen,
aus der Regierung auszutreten. Die sozialdemokratische Reichs-
tagsfraktion wäre für sich allein zu schwach gewesen, die Inter-
essen der Arbeiter in einer neuen Koalitionsregierung
wirkungsvoll zu vertreten.

Als entschieden war, daß die Sozialdemokratie aus der
Reichsregierung ausscheiden mußte, hat die Sozialdemokratie
sich bemüht, wenigstens zu verhindern, daß die Regierung in die
Hände eines bürgerlichen Blöds überginge, der von vornherein
als Kampforganisation gegen die gesamte Arbeiterschaft gewirkt
hätte.

Die „Freiheit“ wagt nun die Frage auf, welche Konsequenzen
die Sozialdemokratie aus dem tatsächlichen Verhalten der
Reichsregierung zu ziehen gedenkt. Leider geht es in der „Freiheit“
nicht nach dem was man will, sondern nach dem was man kann.

Die „Freiheit“ selbst könnte eine geschicktere Antwort
geben. Ledebaur, derselbe Ledebaur, der am 9. November 1918
blöde gelacht hat, als Scheidemann und Ebert eine neueinige
sozialistische Regierung anboten, tritt heute in der „Freiheit“ für
„gemeinsame Kämpfe und gemeinsame Arbeit“ ein.

Der Präsident des Reichstages, Genosse Loh, ist an einer
Lungenentzündung schwer erkrankt. Er wird einige Wochen
das Bett hüten müssen und dann noch einige Zeit der Erholung
bedürfen.

Die Wahrheit ist revolutionär!
Nur von denen dürfen wir etwas erwarten, die der Frieden
zu harter Arbeit verdammt und der Krieg zum Tod — sie
brauchen nur eines: Licht.

Die Wahrheit ist einfach. Die da sagen, die Wahrheit sei
berniedelt, irren sich; nicht sie ist berniedelt. —
Es ist eine Schande für einen Menschen, ein armes Kind
zu sehen. Es ist gleichfalls eine Schande für einen Menschen,
ein reiches Kind zu sehen.

Gleichheit in der Idee, Ungleichheit im Tatsächlichen. Sie
sehen im Anbruch der Menschlichkeit den Beginn ihres Unheils.
Die Wurzel aber des Unheils ist die Erbschaft.

Die Ueberlieferung, die künstlich die Gegenwart an den
Blut der Vergangenheit löst, erfindet eine Rente, wo gar keine
existiert. Und an dieser Rente hängt alles Unheil der Menschen.

In die echte Wahrheit knüpft sie noch zum Ueberflus der Tat-
sachen Tradition geht der Recht; der Vernunft nimmt sie jede
Freiheit und zwingt ihr statt dessen Legenden auf, die keiner
näher unterzucht darf.

Das Allgemeininteresse muß über das nationale Interesse
gestellt werden denn es steht wohl höher.

In dieser Welt der Unordnung, wo es möglich ist, daß die
Schwache Einzelner die Kraft aller unterdrückt, herrscht die
Tradition, das Dogma, die blinde Abhängigkeit, was war,
und dessen, was ist — Gott ohne Kopf; denn die Religion des
Schlachten Gottes und des Gottes der Ergebung genügt allein
nicht mehr, um jenseitige Ungleichheit zu sanktionieren. Das Ge-
schick der Menschen ist auf ewig eingemauert in die beiden
Formen der Tradition: im Zeitlichen durch Erbschaftsübertra-

Weltfriedens und Schutz für Sowjetrußland gegen gewaltsame
Angriffe von außen. Wenn die Unabhängigen das ernst mei-
nen, müssen sie mit uns auch dafür zusammenarbeiten, die Re-
gierung des Reiches soweit als möglich nach links zu brücken.

Badische Politik

Reaktionäre Wünsche für Preußen

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.

Die preußische Regierung ist sozialdemokratisch, an der
Spitze des Unterrichtsministeriums steht ein Sozialdemokrat,
Gen. Härtig, also müssen beide entfernt werden.



**Amelingen, 4. Jan. Sonntag, 2. Januar**, fand die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, die besser besucht hätte sein dürfen. Der Geschäfts- und Kassenbericht fand allgemeines Interesse, die Arbeiten der Vereinsleitung ergaben, mit einer Ausnahme, die Wahlen der Vereinsmitglieder. Alle die Vereinsleitung betreffenden Beschlüsse sind an den ersten Vorsitzenden August Meiner, alle die Kassenverhältnisse betr. Zuschriften an den Kassier M. Hansler, Körnerstr. 14, zu richten. Leider nahm unser altbewährter Kassier Ludwig Dürr aus Altersrücksichten eine Wiederwahl nicht mehr an. Genosse Dürr hat in 15jähriger treuer, pünktlicher und gewissenhafter Pflichterfüllung der hiesigen Partei wertvolle Dienste geleistet, was allseitig anerkannt wurde. Mögen ihm noch eine lange Reihe ruhiger Jahre als Mitglied unserer Partei beschieden sein.

**Weingarten, 6. Jan.** Unsere Parteimitglieder und Volksgenossen, besonders aber unsere Frauen und die Jugendlichen werden nochmals auf den Vortrag des Gen. Meyer über die „Geschichte der Sozialpolitik während des Krieges“ hingewiesen. Pünktlicher Beginn des Vortrags (8 Uhr heute (Donnerstag) am kommenden Donnerstag) stellt hat. Da auch dieser Abend wieder sehr interessant zu werden verspricht, ist wieder zahlreicher Besuch zu erwarten. Besonders ist den Frauen, den Jugendgenossen und nichtorganisierten Volksgenossen den Vortrag des Genossen Meyer zu empfehlen. Er beginnt wieder pünktlich 8 Uhr und findet wie üblich im „Vob. Hof“ statt.

**Willingen, 31. Dez.** Am Silvesterabend sprach Gen. Meyer Weingarten über „Schulfragen“ und errang durch seine tiefgründigen Ausführungen den vollen Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer. Ausgehend von der für Willingen sehr erfreulichen Tatsache, daß Willingen sich mit der in langem Kampfe erreichten Kern- und Lehrmittelfreiheit in die vordere Reihe der Sieger im Ringen um schulfische Fortschritte gestellt hat, beleuchtete Gen. Meyer stets unter dem Gesichtspunkt des sozialistischen Einheitsgedankens die Tendenzen der bürgerlich-kapitalistischen Welt und die der proletarisch-sozialistischen in der Erziehung des heranwachsenden Geschlechts. Die interessanten Ausführungen des Gen. Meyer in seinem Schlusswort, die über seine Ergebnisse in heißem Streit mit den reaktionären Kreisen seiner Kollegen und des Unterrichtsministeriums um die Erhaltung der Kollegenschaft und des Unterrichtsberufes, wie sie in der Reichsverfassung niedergelegt sind, erregten einen Sturm der Entrüstung, der bewies, wie stark das Einverständnis zwischen Redner und Hörer war in dem Willen, dazu beizutragen, daß die Reaktion nicht auf dem Umwege über die Schule und die Jugend zu ihren Zielen gelangen möchte.

### Bewerkschaftliches

**Wirtschaftliche Betriebsräte**  
Wie von Unternehmerseite mit Hochdruck hinter den Kulissen gearbeitet wird, zeigt folgendes Rundschreiben, welches uns auf den Schreibtisch geflohen ist:

**Rundschreiben an die deutschen Arbeitgeber!**  
Wir gestalten uns, Sie auf beiliegende Schriftchen ganz besonders aufmerksam zu machen. Wir hoffen, daß die unter dem Titel ein „Mahnwort an die deutschen Arbeitgeber“ und „Altkorollar“ auch Ihr ganzes Interesse gewinnen werden und Sie die bisher gleich andern großen Arbeitgeber an Ihre Arbeiter kostenloser zur Verteilung bringen. Man muß diese Blätter in ruhigen Zeiten an die Arbeiter verteilen, dann wirken sie vorbeugend. Ganz zwecklos ist es, derartige Aufklärungschriften erst dann zu verteilen, wenn Streik in Aussicht steht oder die Gemüter schon heunüßig sind.

Gerade die Aufklärungsarbeit maßgebender Arbeitgeberkreise läßt viel zu wünschen übrig und überläßt man den Arbeitern leider viel zu sehr allein das Feld. Falls Sie die Verteilung nicht selbst übernehmen möchten, sind wir sehr bereit, den Versand direkt an die aufgegebenen Adressen als einzelne Druckfächer zu besorgen. Manche Firmen geben uns auch die Adresse eines vertrauenswürdigem Arbeiters an, an den wir ein größeres Quantum der Schriften senden und lassen dieselben dann durch den betr. Arbeiter an seine Kollegen verteilen. Ihre Adresse braucht in diesen Fällen gar nicht genannt werden!

Die Kreise stellen sich für jedes Buch bei 30 Stück auf je 55 s, 50 Stück je 50 s, 100 Stück je 45 s, für 200 bis 1000 Stück je 40 s.

**Schachtelvoll**  
Birkner u. Co., Verlagsbuchhandl., Berlin NW. 40 Seidelstr. 15.  
**Klassengenossen! Betriebsräte!** Seid auf der Hut und den Kampf derartige Auswüchse ganz energisch. Wir sind gewillt, wenn möglich, einen anständigen Kampf gegen die Vertreter des Kapitals zu führen; wenn aber wankende der Besitzenden verflucht wird, unsere Kräfte zu geschwächen, dann kann es auch einmal passieren, daß wir zu Abwehrmitteln unsere Kräfte nehmen müssen, welche in ihrer Auswirkung für die „Herren der Welt“ nicht angenehm sein dürften. Treibt dieser Fall ein, soll das Sprichwort gelten: auf einem Schelm an der Hand.

Der Zentralrat Karlsruher Betriebsräte: Krebs.

### Gemeindepolitik

**Die notleidende Gemeindeverwaltung**  
**Wörmerheim, 31. Dez.** Vor etwa drei Wochen wurde der Gemeinde vom Kommunalverband 25 Meter Stoff zugewiesen zur Verteilung an die Kinderbewerberinnen. Es wurde durch die Ortsbehörde bekannt gemacht, daß sich diejenigen, die von dem Stoff wollen, auf dem Rathaus melden sollten. Verschiedene Personen meldeten sich dorthin, darunter auch der Herr Bürgermeister, der glaubte, sich auch zu den Bedürftigen zählen zu müssen und sich deshalb selbst auf die Liste setzen, was wiederum zwei Gemeinderäte sowie der Kassier ablehnten. In allem Unklare reichte man aber der Stoff nicht aus, weshalb der Herr Bürgermeister die Liste in der Gemeinderatsitzung vorlegte, nachdem er vorsichtigerweise schon zwei Personen getrichelt hatte, was der Gemeinderat auch noch gutheißt. Der Gemeinderat beschloß, unter den Gemeindeführern das Los entscheiden zu lassen, wer Stoff bekommen solle. Und siehe da: Das Glück war dem Herrn Bürgermeister, einem Gemeinderat und dem Kassier hold, jeder erhielt einen Anzug. Der durchgefallene zweite Gemeinderat erhielt als Ersatz den übriggebliebenen Rest. Unter den Durchgefallenen befand sich auch ein Vater von neun Kindern, der aber anscheinend nicht für bedürftig erachtet wurde.

Letzte Woche nun erhielt die Gemeinde wieder 25 Meter Stoff. Auf Antrag des Gemeinderates wurde diesmal wieder

durch die Ortsbehörde bekannt gemacht, aber betont, daß nur Kinderbewerberinnen berücksichtigt würden. Trotzdem meldeten sich aber wieder einige, die glaubten, sich zu den Kinderbewerberinnen zählen zu müssen; auch der Gemeinderat, der das erste mal durchgefallen war, war wieder dabei; dann auch einer, der vor kurzer Zeit eine Kuh für 10 000 M. verkauft hatte und auch sonst sehr gut bemittelt ist, denn er besitzt noch zwei Kühe. Letzten Sonntag wurde nun wieder gelost; es fielen wieder zwei Bewerber durch. Vor der Verlosung gab der Herr Bürgermeister bekannt, daß dem Gemeinderat einer getrichelt worden wäre. Dem Gemeinderat ist aber diesmal von einer Streichung nichts bekannt. Und wie immer: das Glück war auch diesmal dem Bewerber hold, so daß wieder zwei ärmere Leute leer ausgingen. Der Bürgermeister kummerte sich nicht um die Vorwürfe, die ihm gemacht wurden. Durch diese eigenartige Verteilung ist nun erreicht, daß jetzt alle Zentrumsgemeinderäte mit dem gleichfarbigen Bürgermeister neue Anzüge besitzen. Die anderen Gemeinderäte hatten sich nicht gemeldet. Vielleicht kummert sich der Kommunalverband um diese eigenartige Rathauspraxis und sorgt dafür, daß den Stoff nur jene Leute erhalten, die ihn auch wirklich bedürfen.

**Freiburg, 2. Jan.** Ueber die Intendantenkrise am hiesigen Stadttheater sagt der letzte Stadtratsbericht: In den letzten Wochen sind größere Schwierigkeiten in der Theaterleitung und in der Zusammenarbeit der Intendanten mit dem Personal aufgetreten, die den Intendanten weitgehend in Anspruch genommen haben. Auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses wurde nun dem letzteren zunächst ein Krankheitsurlaub auf die Dauer von vier Wochen bewilligt. Die Theaterkommission wurde beauftragt, die Geschäfte einstufigen durch den allgemeinen Stellvertreter des Intendanten weiterzuführen zu lassen.

**Walldorf, 2. Jan.** Kurz vor Jahreschluss beschäftigte sich der Bürgerausschuß noch mit einer sehr wichtigen Vorlage, nämlich der Gemeindebeschlüsse. Bei der Beratung derselben drangen Vertreter einer Volksversammlung in den Sitzungssaal ein, wodurch eine Unterbrechung der Beratungen verursacht wurde. Die Vorlage fand in der vom Gemeinderat beschlossenen Fassung keine Annahme. Es wurde vielmehr beschlossen, bei alleinlebenden Personen nicht unter den Höchstbetrag von 15 000 M. zu gehen, bei Verheirateten nicht unter 25 000 M. Sind Kinder vorhanden, dann bleiben die Einkommen bis 30 000 M. einsehlich von der Gemeindesteuer frei.

### Die erste Lesung der neuen Gemeindeordnung

(Fortsetzung)  
**3. Vertretung und Verwaltung der Gemeinden**  
In diesem Abschnitt wird in einzelnen die Wahl der Gemeindevertretung und deren Verwaltungsaufgaben behandelt. Eine längere Aussprache verursachte die Wahl und Amtsbauer der Bürgermeister. Der Entwurf sieht wie früher nur bei Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern die direkte Wahl der Bürgermeister vor und setzt einheitlich deren Amtsdauer auf 9 Jahre fest. In einem demokratischen Staatswesen, wo der oberste Beamte des Reiches, der Reichspräsident, direkt vom Volke gewählt wird, sollte man es für selbstverständlich halten, daß auch die Bürgermeister von der Gesamtheit der Einwohner zu dem Amte berufen wird. Die gesamten bürgerlichen Vertreter konnten sich zur Annahme eines diesbezüglichen sozialdemokratischen Antrags nicht entschließen und ließen es damit bei dem alten Zustande bestehen. Ähnlich ist es auch mit der jährigen Amtsdauer des Bürgermeisters, die unseres Erachtens noch zu lange ist. Wie oft kam es schon vor, daß bei einer Bürgermeisterwahl in der Person ein Wirrwirr gemacht wurde. Durch Inhaftigkeit eines solchen Mannes, den die Gemeinde neun Jahre an der Spitze der Gemeindeverwaltung hat, kann dieser einem Gemeindefiskus ungeheuren Schaden zufügen. Alle Einwände im Ausschuss waren berechtigt, die Mehrheit bestand auf dem alten Zustande. Einen breiten Raum der Verhandlung nahm die Versorgungsfrage der Bürgermeister ein. Im vorigen Jahre bei der Beratung der Gemeindeverordnungen in der Nationalversammlung haben die bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in Waulf und Wogen für sämtliche Bürgermeister im Falle ihrer Richtwiederwahl Aufgehälter bewilligt. Wohl damals in der Annahme, daß bei der nächsten Bürgermeisterwahl so mancher auf der Strecke bleiben werde, waren die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf einmal so freigebig und setzten allgemein eine Aufgehaltsgewährung fest. Bei der Beratung dieser Frage im Ausschuss ließen die Herren sehr deutlich durchblicken, daß sie durch den vorjährigen Beschluß eine kapitalistische Dummdummheit begangen haben und wirkten sehr eifrig an dessen Verrückung mit. Die Frage wurde nunmehr in der Weise geregelt, daß die Bürgermeister in Gemeinden über 4000 Einwohner und in Amtsdörfern mit mehr als 2000 Einwohner Pflichtmitarbeiter der Fürsorgeämter werden. Die Bürgermeister in Gemeinden von 500 bis 4000 Einwohnern können in diese Kategorie eintreten. Im Fürsorgegesetz werden hierüber noch nähere Bestimmungen getroffen. Die unter den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen gewählten Bürgermeister haben nach wie vor Anspruch auf die im Gesetz vorgesehenen Versorgungsansprüche, soweit nicht durch besondere Vereinbarung etwas anderes geschlossen wurde. Die Versorgungsbedingungen der besoldeten Gemeindevorstände werden gleichfalls eine Regelung.

Die Zahl der Gemeindevorstände erfuhr eine wesentliche Änderung gegenüber dem jetzigen Zustande. Der Entwurf sah bei Gemeinden über 10 000 Einwohner eine Verringerung der Zahl der Gemeindevorstände vor, hat der festgesetzten Höchstzahl 98 wurden 84 Mitglieder vorgeschlagen. Man war allgemein der Ansicht, daß auch bei den übrigen Gemeinden die Zahl der Gemeindevorstände eine zu große ist und es wurde deshalb ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die Zahl der Gemeindevorstände das Dreifache der Mitglieder des Gemeinderates bis zur Höchstzahl 84 beträgt. Hat z. B. eine Gemeinde 8 Gemeinderäte, so sind 24 Gemeindevorordnete zu wählen. Der Bürgerausschuß setzt sich dann aus 24 Gemeindevorordneten, 8 Gemeinderäten und dem Bürgermeister zusammen. Der Entwurf hat den Gemeindevorordnungen und insbesondere den Oberbürgermeistern eine besondere Wichtigkeit gesichert, gegen die von sozialdemokratischer Seite zum Teil mit Erfolg angekämpft wurde. Die Sitzungen des Gemeinderates bleiben nicht öffentlich, ein sozialdemokratischer Antrag, der die Öffentlichkeit der Sitzungen verlangte, wurde abgelehnt, dagegen fand ein Antrag Annahme, der bestimmt, daß auf Verlangen des Gemeinderates ein Beamter zum Vortrag in den Gemeinderatssitzungen hinzugezogen werden kann. Damit wird einem alten Wunsch der Beamten, insbesondere der Techniker, Rechnung getragen. Als eine bisher in der hiesigen Gemeindeordnung nicht gebliebene Bestimmung ist die Bildung von beschließenden Ausschüssen. Diese Ausschüsse können Beschlüsse fassen, soweit sie nicht der Zustimmung des Bürgerausschusses und der Staatsbehörde bedürfen. Es war im Entwurf vorgesehen, daß zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Armenpflege ein beschließender Ausschuss eingesetzt werden muß. Von deutlicher Art und Zentrumsseite wurde verlangt, daß der Ausschuss besonders als Mitglieder in dem Armenausschuß aufgeführt werden. Von demokratischer Seite beantragte man, neben den Ortspräsidenten auch die Bezirksräte und die Polizeivertreter mit aufzunehmen. Die sozialdemokratischen Vertreter wandten sich gegen eine besondere Aufzählung dieser Personen, da sie es als selbstverständlich hielten, daß nur solche Personen in den Ausschuss bestimmt werden, die das nötige Interesse und Verständnis am Fürsorgewesen besitzen. Die bürgerlichen Anträge wurden angenom-

men, worauf unsere Genossen den Strich des § 51 Abs. 4 verlangten, dem die Mehrheit zustimmte. Damit sind die vorher angenommenen Anträge der bürgerlichen Vertreter hinfällig geworden. In dem Entwurf sind beim Kapitel „Bürgerausschuß“ zum Teil sehr scharfe Bestimmungen gegen dessen Mitglieder enthalten. So war vorgesehen, daß Gemeindevorordnete, welche unbedeutend eine Sitzung versäumen oder die Teilnahme an einer Abstimmung oder Wahl verweigern, vom Bürgerausschuß in eine Ordnungsstrafe bis zu 200 M. genommen werden können. Ist gegen das gleiche Mitglied innerhalb eines Jahres zweimal eine Strafe ausgesprochen worden, so kann der Bürgerausschuß bei einer weiteren Versäumnis oder Verhinderung auf Verluß des Mandates erkennen. Von sozialdemokratischer Seite wurde mit Nachdruck die Verrückung der Strafbestimmung verlangt und es wurde beschlossen, an Stelle der Geldstrafe eine Rüge zu erteilen. Mit dieser Bestimmung sollen die notorischen Schwänzer der Bürgerausschüsse aus dem Kollegium entfernt werden. Allgemein hat es Verwundern erregt, daß eine Erweiterung der äußerst beschränkten Rechte der Gemeindevorordner in dem Entwurf nicht vorgesehen ist. Der Bürgerausschuß ist auch im neuen Gesetze nur eine Bewilligungsmaschine und hängt in bezug auf Selbständigkeit von der Gnade und Einsicht des Gemeinderats ab. Das Antrags- und Vorschlagsrecht der Gemeindevorordneten, das nach dem Entwurf nur einem größeren Kreise der Gemeindevorordneten zugänglich war, wurde auf Anregung unserer Genossen im Ausschuss auf drei Mitglieder beschränkt. Gleichzeitig wurde verlangt, daß auf Antrag von drei Gemeindevorordneten eine Aussprache und Abstimmung über den beantragten Gegenstand stattzufinden hat. Es ist dieses eine Befreiung, die in jeder parlamentarischen Geschäftsordnung zu finden ist und es war deshalb unerlässlich, daß die bürgerlichen Parteien dem nicht stattgegeben haben. Nach dem Entwurf kann dieses nur dann geschehen, wenn es mindestens die Hälfte der Gemeindevorordneten verlangen. Die Bestimmungen über die Gemeindevorstellung, die in Gemeinden unter 500 Einwohnern stattzufinden haben, sind fast die gleichen wie im alten Gesetz (Schluß folgt.)

### Jugend und Sport

**Der Arbeiterport am 9. Januar**  
Klasse A: Arb.-Sp.-Verein Karlsruhe — Grödingen in Karlsruhe; Sigen — Pforzheim in Sigen; Ettlingen — Au in Ettlingen.  
Klasse B: Müppurr — Eggenstein in Müppurr; Bruchsal — Bretten in Bruchsal; Höhenweiersbach — Spöck in Höhenweiersbach.

Stand der Serienspieler	Tabelle Klasse A			
	Spieler	gew.	berl.	unentsch. Punkte
Aue	14	9	1	4
Fr. A. Karlsruhe	13	8	2	3
Hagelsfeld	13	7	2	4
Ettin	12	5	1	6
Sigen	12	6	5	1
Pforzheim	13	5	6	2
Dummersheim	14	5	7	2
Arb.-Sp.-V. Karlsruhe	13	4	8	1
Ettlingen	13	4	7	1
Grödingen	13	—	13	—

Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr, im „Lamm“ in Durlach Spielabschluss. Erscheinen notwendig.  
Hr. G. G. G. G., Bezirksleiter.

### Arbeiterportkongress zu Jena

Die Arbeiter- und Sportverbände haben sich schon vor dem Kongress in der Zentralkommission für Sport und Körperkultur eine Interessengemeinschaft geschlossen. Nachdem im öffentlichen Leben die Körperübungen eine besondere Bedeutung erreicht haben, wird, um das einheitliche Handeln in den staatlichen und gemeindlichen Jugendpflegeanstalten zu gewährleisten, die enge Fühlungnahme zur Notwendigkeit. Um volle Klarheit zu schaffen, entsand die Leitung der Zentrale, die Vertreter der einzelnen Landes- und Stadtkomitees zu einem am 15. und 16. Januar 1921 in Jena im Werkstatthaus stattfindenden Arbeiterportkongress einuladen.

Als Tagesordnung ist vorgeschrieben: 1. Die Organisation der A. S. V. 2. Warum muß der Arbeiterkörperkultur treiben? (G. Sch. M. d. A. M. S. L.). 3. Unsere Stellung zu den Verbänden der bürgerlichen Sportverbände und zu den Aemtern für Leibesübungen. 4. Der Reichsarbeiterporttag. 5. Der Internationale Verband für Sport- und Körperkultur.

### Die Personalakten als Gradmesser beamtlicher Tüchtigkeit

Als Beamtenkreise sind uns geschrieben: Zu den mannigfaltigen Besondereheiten, die der beamtlichen Stellung eigen sind und ihr das Gepräge einer berücklichten Sonderstellung im Staatskörper verleihen, gehören ohne Zweifel die Personalakten. Dieselben enthalten die persönliche Biographie des Beamten, von der Wege bis zum Grabe. Jedem nachdenklichen Mensch, der jemals schon Gelegenheit gehabt hatte, Einsicht in Personalakten zu nehmen, insbesondere bei der Eignungsprüfung, muß dabei aufgefallen sein, daß diese Einrichtung der Behörde eigentlich nichts anderes ist, als eine raffinierte Fortsetzung der Schulzeugnisse, allerdings im weitesten Sinne. Nur bei dem Staate bzw. bei Behörden ist diese Institution nirgend anzutreffen. Trotzdem dürfte es keinem vernünftigen Menschen einfallen, etwa zu behaupten, daß Beamte ohne diese Einrichtung schlechter geleitet seien. Ganz im Gegenteil! Gerade wegen jenes unvermeidlichen Apparates arbeitet beamtlich der Staat am unwirtschaftlichsten. Heute aber, wo alles nach wirtschaftlichen Aufbau ringt, sollte endlich beim Staate einmal damit angefangen werden, alles unnütze Beiwerk abzuschießen und damit dem jetzigen schwerfälligen Beamtenapparat mehr Schwungkraft zu verleihen. Aber was geschieht? Man reißt heute schon wieder genau so auf den alten Paragraphen herum wie vor der Revolution. Auch heute noch gelten die Personalakten als Gradmesser beamtlicher Tüchtigkeit. Die Beamten erfahren ihre Beurteilung bezw. Beförderung je nachdem sie gute oder schlechte Akten haben.

Jeder Kenner der beamtlichen Verhältnisse weiß aber, daß unter den Beamten mit guten Akten nicht solche zu finden sind, welche Auktat und Persönlichkeitstun besitzen, vielmehr nur Latenzfellen und Naturen, die niemals wider den Stadel läden. Andersgeartet ist dagegen ein großer Teil von Beamten, welcher aus selbstwilligen Persönlichkeiten besteht. Das Plus, welches sie bei weitem über die erregenernente Stellung von Beamten erhebt, hat ihnen sogenannte verformierte Akten eingetragen. Würden sie zu allen gefähigen haben und Ducht und Denkfähigkeit gewesen sein, so wären ihre Akten sauber geblieben. Diese Art von Beamten, obwohl durchaus in der Minderheit, hat sich seit jeher für die Beförderung der Beamtenkraft aus ihrer nachlässigen Sonderstellung im Staate eingesetzt. Und das hat sie höherem Orts, wo man nur Geheime und Geheime Diener wollte, mühelos gemacht.

Nichtsdestoweniger hätte man jedoch annehmen sollen, nachdem vor längerer Zeit eine amtliche Vereinigung der Personalakten angeordnet war, daß noch Wägen der nachteiligen Einträge künftig kein Hindernis zum Aufstieg dieser Beamten mit sogenannten verformierten Akten vorhanden sei. Die Tatsachen widerlegen aber diese Annahme gründlich, da der Herr Finanz-

*[Marginal notes and text from an adjacent page, partially cut off and difficult to read.]*



# Radikaler Pazifismus

Von H. G. Haebler

Am 30. September d. J. hat in Braunschweig die Hauptversammlung der „Deutschen Friedensgesellschaft“ stattgefunden. Wir wollen hier nicht auf die Menge der dort zur Behandlung gelangenden Fragen eingehen; wichtig erscheint uns hier vor allem der Hinweis auf eine sehr eindrucksvolle Strömung unter den deutschen Pazifisten, die in Braunschweig in deutliche Erscheinung trat auf Grund einer Resolution, welche von der Ortsgruppe Berlin eingebracht worden ist. Die begründete Rede hat Kurt Hiller im Dezemberherbst der „Neuen Rundschau“ veröffentlicht. Die Resolution wurde in Braunschweig mit 112 gegen 88 Stimmen abgelehnt, also gegen eine beträchtliche Minderheit.

Der Kerngedanke des radikalen Pazifismus ist: Heiligkeit des menschlichen Lebens und die unbedingte Forderung seiner Unverletzlichkeit. Das klingt auf den ersten Blick ebenso schön wie allgemein. Wesentlich sind, wie überall die praktischen und tatsächlichen Folgerungen, die aus einer allgemeinen Erkenntnis gezogen werden. In jenem Grundgedanken liegt nun vor allen einbehalten die Forderung, daß niemand auf Erden, also auch kein Staat, berechtigt sein darf, von einem Menschen zu verlangen, daß er für irgend eine Sache sein Leben opfert — wogegen selbstverständlich nichts gegen den Tod gesagt ist, daß er es aus Leidenschaft für seine eigene Sache opfern will. Wer sich für irgend eine Idee mit seinem Leben einsetzen will, der mag es tun; das ist sein persönliches Recht. Aber niemand auf Erden ist befugt, über das Leben eines Mitmenschen zu verfügen. Diesem Grundgedanken eines radikalen Pazifismus widersprechen nun zwei Einrichtungen: das ist die Todesstrafe und die Wehrpflicht. Die Wehrpflicht kann immer nur den einen Sinn haben, daß sich Menschen opfern müssen für Interessen, die nicht ihre eigenen sind. Das klingt zunächst außerordentlich radikal, und ist offenbar auch manden Pazifisten zu radikal geblieben. Denn dieser Gedanke in die Wirklichkeit übertragen, bedeutet auch die absolute Unmöglichkeit eines sogenannten Verteidigungskrieges. Die radikalen Pazifisten gehen in dieser Frage von der Voraussetzung aus, daß es einen gerechten Verteidigungskrieg niemals geben könne; selbst wenn irgendwem und irgendwo ein Überfall auf ein friedliebendes Volk unternommen würde, so sei die Pflicht der Überfallenen dabei nicht die, Menschen zu töten, sondern irgend etwas zu stehen, Boden oder Fabriken oder sonst etwas. Aber der Raub ganzer Länder wird weniger schmerz als der Tod eines einzigen Menschen, der leben will und leben könnte.

Es ist klar, daß die praktische-politische Stellung der radikalen Pazifisten hier eine ungemein schwierige ist, und daß sie im Grunde bei keiner der bestehenden politischen Parteien eine richtige Heimat finden können. Vielleicht noch, und wir hoffen das, am allerersten innerhalb der Reichssozialdemokratie. Daß selbstverständlich für jeden einzelnen Pazifisten die Rechtsparteien nicht in Betracht kommen können, versteht sich von selbst. Hier ist von vornherein eine straffe Oppositionsstellung das Gebotene. Aber auch der Weg zur entgegengegesetzten Ecke des politischen Lebens ist ihnen veriperrt seitdem die kommunistischen und linkssozialistischen Sozialisten ihren Kriegspazifismus schamlos propagieren haben und nun den heiligen Krieg Moskows als das unheilvolle Mittel predigen, mit dem sie wahren, einen großen sittlichen Zweck erreichen zu können. Und hier, wie in fast allen anderen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens pflegen sich die entgegengegesetzten Dinge außerordentlich nahe zu berühren. Der Linkssozialismus ist ebenso verwerflich wie der von rechts. Mit besonderer und erfreulicher Deutlichkeit lehnen die radikalen Pazifisten den Anschluß an die Deutschdemokratische Partei ab. Und da ist es vor allem eine Stelle des Programms der Deutschdemokratischen Partei vom 12. Februar 1920, in welchem das gegenwärtige deutsche Berufsständesystem ein Söldnerheer genannt wird, das „baldest durch ein Mißgeschick mit allgemeiner Wehrpflicht zu ersetzen sei, das geeignet ist zur Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit“. Nun haben wir keine Unabhängigkeit mehr; wir können Sie also auch nicht verteidigen. Wenn wir sie auf dem allein fruchtbarsten Wege einer allmählichen Verständigung wieder erhalten, dann brauchen wir auch weiterhin kein Heer, um sie zu verteidigen. Der Sinn also des demokratischen Programms kann nur der sein, daß man eben in einem postenden Augenblick versucht, diese Unabhängigkeit mit den Waffen zurückzuerobern. Denn zum Vergnügen und zum Spaß brauchen wir eine allgemeine Wehrpflicht nicht, sondern zum Krieg. Und damit wird eine außerordentlich wichtige Frage angeschnitten, die hier allerdings nur gestreift werden kann: nämlich die Möglichkeit eines Nebankkrieges gegen Frankreich. Es bräuhete nur einmal im Laufe der nächsten Jahre oder Jahrzehnte der Fall einzutreten, daß England sich in einem Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland neutral bleibt. Amerika und Italien kommen bereits jetzt nicht mehr als Kriegsgegner in Betracht, dann wäre die praktische Möglichkeit eines Nebankkrieges gegeben. Diese Möglichkeit ist das, was liegt darin begründet, daß England heute seine Kriegsziele erreicht hat, Frankreich aber seine Werte auf Jahre hinaus aus dem deutschen Volke herauszupressen gewonnen ist. Das ist die glänzende englische Politik im Krieg und im Friedens-

vertrag; sich zu bereichern und zu kräftigen auf Kosten von Freund und Feind. Wer die englische Geschichte kennt, weiß, daß dies von je in England meisterhaft verstanden worden ist. Es ist klar, daß also alle militaristischen Strömungen sich (abgesehen von innerpolitischen Zwecken) zunächst gegen Frankreich richten müssen — und darum auch die Hartnäckigkeit, mit der Frankreich sich wirtschaftlich und militärisch heute schon zu sichern sucht. Die Franzosen haben aus ihrer Nebankzeit von 1870 bis 1914 jedenfalls für dies Gebiet beträchtliche Erfahrungen gesammelt. Weil nun, nicht nur übrigens in ihrem Programm, sondern auch in einem sehr wesentlichen Teil ihrer Forderungen die demokratische Partei, wenn auch unter gewissen Vorbehalten, einer solchen Entwicklung nicht unbedingt ablehnend gegenübersteht, darum müssen sich die radikalen Pazifisten in energische Frontstellung zu den Demokraten begeben, und ihr Führer Kurt Hiller hat in Braunschweig nach dieser Richtung hin gar keinen Zweifel darüber gelassen.

Wie stehen nun die radikalen Pazifisten zur Mehrheitssozialdemokratie? Es ist klar, daß auch hier einige Erscheinungen anzutreffen sind, die nicht in das Programm des radikalen Pazifismus passen wollen. Abgesehen von gewissen Erscheinungen und Personen, insbesondere der Kriegszeit, ist es aber vor allem der Satz des Erfurter Programms, der „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“ und eine „Vollwehrlösung“ fordert. Nun wissen wir ja, daß eine Abänderung und Umformung unseres Programms in die Wege geleitet ist; zweifellos wird auch diese Frage aus neue getreift werden müssen. Bei dem Gedanken einer Vollwehrlösung pflegt man nun gewöhnlich an die Schweizer Miliz zu denken. Aber man übersteht hierbei, nach meiner Auffassung, einen sehr entscheidenden und wichtigen Punkt: und das ist die Tatsache, daß die Schweiz im internationalen staatsrechtlichen Denken ein ganz anderer Staat ist als die Republik Deutschland. Und ich glaube auch nicht, daß dieser Unterschied jemals in der Richtung verschwinden wird, daß wir als Staat etwa der Schweiz gleichen würden. Wenigstens nicht so bald. Vor allem aber, und das muß berücksichtigt werden, haben wir in Deutschland noch gar nicht jene geistige Einstellung einer innerlich republikanisch-patriotischen Neutralität, wie sie der Schweizer besitzt. Vorerst sind wir noch eine Republik ohne Republikaner, wenigstens in weiten Teilen des Volkes. Das ganze Bürgertum insbesondere ist noch sehr stark mit militaristischen Instinkten durchsetzt, und die bürgerliche Presse tut alles, um diese Instinkte nicht einschläfen zu lassen. Damit aber ist erwiesen, daß als Partei, welche den Gedanken des Pazifismus überhaupt am reinsten in sich verkörpert kann, nur die Reichssozialdemokratie in Betracht kommt. Dabei aber ist zu fordern, daß der Gedanke der Wehrpflicht und zwar in jeder Form, im Programm fallen gelassen wird; denn jeder Militarismus, auch der einer Volksmiliz, muß bei einem Volk von der Größe des deutschen aus innerer Notwendigkeit zu einer militaristischen Politik führen und diese führt zu Kriegen. Darum ist es unbedingt notwendig, daß wir überall auf das schärfste die ertagten Bestrebungen entgegenreten, und das gilt selbst für die weltpolitisch belanglose Einrichtung der deutschen Reichswehr. Es ist eine Lächerlichkeit, aber es ist auch noch etwas mehr, daß man meint, es müßten jetzt Kriegsschiffe gebaut werden für das deutsche Volk! Wir wissen dem Hg. Gen. Schöpsflin Dank dafür, daß er so energisch dagegen aufgetreten ist; es kann gegen jeden Militarismus nicht energisch genug aufgetreten werden. Denn solange es Generale gibt, also Menschen, deren Beruf es ist, sich mit der besten Art des Massenmordes zu beschäftigen, solange wird und muß es Kriege geben oder wird auf Kriege hingearbeitet werden. Darum — aber auch noch aus anderen Gründen — ist es eine Notwendigkeit für uns, eine ganz klare grundsätzliche pazifistische Politik zu treiben. Die Arbeit an der hat nun einmal in Deutschland eingesetzt; nehmen wir das als eine große geschichtliche Aufgabe für unser Volk und sorgen wir dafür, daß dieser Gedanke weiterwirkt. Jedes offene oder verdeckte Streben nach Wiedereinführung einer Wehrpflicht aber hat zur Folge — nicht etwa daß wir freier werden — sondern daß in allen anderen Staaten der Gedanke der militaristischen Vorhütung auf Schwereigkeiten stößt.

Wohl wissen wir als Sozialdemokraten, daß Kriege erst dann aufhören müssen, wenn wir eine sozialistische Weltgemeinschaft haben; aber bis dahin ist es noch lange Zeit und wichtiger für uns Menschen von heute ist es, daß heute, wenigstens für Deutschland, ein Krieg eine Unmöglichkeit ist; das ist möglich, wenn wir eine radikale pazifistische Politik betreiben. Und wir können das. Wir können es umso mehr, als wir in diesem Grundgedanken nicht allein stehen, sondern unsere Klassenoffenen in den anderen Völkern eins wissen mit uns. Je mehr die Politik der Sozialdemokratie aber einen entschiedenen radikalen Pazifismus verkörpert — und das ist eben nicht der bürgerliche Pazifismus — umso mehr wird es uns gelingen, im Ausland die Kräfte zu stärken, die auf eine Entgiftung der Weltatmosphäre hinarbeiten. Und das ist die große außenpolitische Aufgabe des radikalen Pazifismus, die im Hinblick auf das immer deutlicher werdende Verlangen des Völkerbundes von besonderer und entscheidender Bedeutung werden kann.

Minister Köhler gegenüber gewissen Vorschlägen wegen Beförderung einzelner Beamter sich dahin ausgesprochen hat, daß sie auf einer Beförderung infolge ihrer früheren Leistungen nicht geeignet seien. Damit ist doch klipp und klar dokumentiert, daß das Schema B immer noch keine Geltung hat und auch der Herr Finanzminister auf dem vorgenannten Stufenfeld verbleibt, dürfte er nicht das Gewicht auf die Ämter, sondern nur auf die persönliche Fähigkeit legen.

In gleicher Weise wie der Herr Finanzminister verfährt nun auch sein Nachfolger als Vorsitzender der Präsidialstelle (Eisenbahngeneraldirektion), Herr Staatsrat Schulz, der bei Errichtung des Präsidialbüros eine ziemlich ausgiebige unter den Beamten mit guten Ämtern getroffen hat, wodurch es ihm geglückt ist, nur die Beamtenliste in Reinkultur als Mitarbeiter ins Präsidialbüro zu bekommen. Man wird nun dem entgegenhalten wollen, daß die Stellen im Nachrichtenblatt ausgeschrieben waren und die Eisenbahngeneraldirektion unter den Bewerbern eben die Tüchtigsten ausgewählt hat. Das ist richtig, aber was glaubt, daß man doch in unterrichtlichen Kreisen, daß jede halbwegs wichtige Stelle schon ihren Mann hat, ehe sie nur zur Ausschreibung gelangt.

Berücksichtigt man diese Umstände und kennt man die Zusammenhänge der Präsidialstelle, so kann man darüber nicht im Zweifel sein, daß sie als dienstbefähigtes Instrument im Sinne des lieben alten Bürokratismus schalten und walten wird. Armes Deutschland, wie sollst du wieder aufgebaut werden, wenn keine leitenden Stellen durch die Revolution nichts gelernt und nichts vergessen haben!

## Die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe

Nach einer in der Schrift des früheren Generalsekretärs des Genossenschaftsverbandes badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen, Georg Berg, „Die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe“, wiedergegebenen Erhebung der Stadt Karlsruhe im Jahre 1908 betrug der Milchverbrauch in der Stadt Karlsruhe auf den Landstrichen am 19. November 1908 12.840 Liter, die Milchzufuhr auf der Eisenbahn im Tagesdurchschnitt des 17., 18. und 21. November 1908 44.029 Liter. Die gesamte Milchzufuhr einschließlich der im Stadtgebiet selbst erzeugten Milchmenge von 8109 Liter, betrug also 64.978 Liter. Hiernach ergab sich nach Berg auf den Kopf der Bevölkerung ein durchschnittlicher täglicher Milchverbrauch von 0,501 Liter.

Nach den Erhebungen des Ministeriums des Innern betrug die Milchzufuhr nach Karlsruhe am 15. September 1916 noch 21.125 Liter. Infolge der Zwangsaufbringung der Milch im Umlegungsverfahren stieg die tägliche Milchlieferung nach Karlsruhe auf 35.021 Liter im Juli 1918. Von da an sind die Lieferungen wieder gesunken. Sie betrugen in ihren Höchstmengen im Juni und Juli 1919 22.000 Liter und haben diese Höhe auch im Juni 1920 wieder erreicht. Von da ab fielen sie wieder und betrugen im November 1920 nur noch 16.596 Liter, so daß einschließlich der Einfuhr aus Württemberg und der eigenen Erzeugung 18.051 Liter zur Verfügung standen, was einen Tagesverbrauch von 0,11, also genau dem Landesdurchschnitt entsprach.

Aus dem Oberland erhält Karlsruhe Milch aus dem in Ganderessee bildenden Bezirke Heberlingen 1918 bis zu 16.600 Liter, 1919 bis zu 13.900, im Juni 1920 noch 11.400, im Oktober aber nicht einmal mehr 6000 Liter im ganzen geliefert, ferner aus Gengen, das 1918 bis zu 6600, im Juli 1920 nicht ganz 6000 Liter geliefert hat, Billingen-Land, das bis Oktober 1918 an Karlsruhe allein über 2000, z. T. über 2400 Liter geliefert hat, im Sommer 1920 aber nicht mehr als 1000 bis 1100 Liter täglich aufgebracht hat, Donaueschingen, das im Jahr 1918 bis zu 10.500, im Juli 1920 bis zu 6800 Liter geliefert hat und Neustadt, dessen Milchlieferung nach Karlsruhe mit 2113 Liter im Juni 1918 (neben 2665 Liter in Wülter) und 2106 Liter im Juni 1920 (neben 193 Liter in Wülter) keinen sehr erheblichen Schwankungen ausgesetzt war.

Aus Mittelbaden wird Karlsruhe geliefert von Wolfach, dessen Lieferungen von gegen 3800 Liter im Juli 1918 auf 2100 Liter im September 1920 zurückgegangen sind, Zahr, das an Karlsruhe, Durlach, Lahr und Offenburg, im Juni 1917 7100 Liter, 1920 bis zu 2700 Liter geliefert hat, Offenburg, dessen Lieferungen (an Karlsruhe und Offenburg) von 10.000 Liter im Juli 1918 auf 4300 im Jahre 1920 zurückgegangen sind, sowie Uxern, dessen Lieferungen (an Karlsruhe und Bruchsal) von 2800 Liter im Jahre 1918 auf 1100 Liter im Juli 1920 gesunken sind, und Oberkirch, das seit 1918 1400 Liter im Jahr 1918 im Mai 1920 noch nicht einmal mehr 850 Liter und seitdem fast nichts mehr geliefert hat.

Vom Unterland wird Karlsruhe (außer von dem Württemberg bei Durlach) geliefert von Eppingen, dessen gegenwärtige Lieferungen an die angestelltesten 4 Bedarfsstellen zwar noch weit hinter jene von 1918 zurück bleiben, aber doch die des Vorjahres erheblich übersteigen, Bruchsal, dessen Lieferungen (nach Karlsruhe und Bruchsal) im Jahre 1918 sich zwischen 8500 und 8700, 1920 zwischen 1000 und 1050 Liter bewegten, Bretten, das an die zugewiesenen Städte 1918 zwischen 7800 und 8000, 1920 zwischen 2000 und 2600 Liter geliefert hat und von dem Bezirk Karlsruhe, dessen Lieferungen von gegen 650 Liter im Sommer 1918 in teils schallender Kurve auf 1600 Liter im Juli 1918 gesunken und erst im Jahre 1920 von 600 Liter im April wieder auf nahezu 1400 Liter gestiegen sind.

Aus diesen Ziffern geht hervor, daß die Schwankungen in den Lieferungen im Oberland am geringsten sind und daß sie (mit wenigen Ausnahmen) steigen, je mehr man sich von Süden her den Bedarfszentren des Mittel- und Unterlandes nähert. In der Gegend von Lahr und Offenburg zumal aus dem Waden-Waden und dann wieder in der Nähe der Stadt Karlsruhe selbst, macht sich der Rückgang der Milchlieferungen ganz besonders bemerkbar; je reger der Verkehr der Milchhändler (neuerdings mit Arbeiterwochenarten und dergl.) blüht, umso geringer wird die Milchversorgung der Kinder und Kranken.

## Aus dem Lande

**H. Unterwiesheim, 2. Jan.** Der Männergesangsverein „Frohstimm“ veranstaltete am Neujahrstag in seinem Vereinslokal „Zum Kamm“ eine Feier zur Enthüllung der Ehrenliste für die gefallenen Sänger des Vereins. Es nahmen daran sämtliche aktiven und passiven Mitglieder sowie die Ehrenmitglieder des Vereins teil. Der 1. Vorsitz begrüßte die Erschienenen im Namen des Vereins und gedachte dabei der gefallenen Sänger, sowie des unvergesslichen Dirigenten Hauptlehrer Schmitt; hierauf gab er die Namen der gefallenen Sänger bekannt und betonte, daß der Verein den Sängern ein treues Andenken bewahren werde. Anschließend wurden verschiedene rezitiert wieder gesungen. Die Ehrenliste, die aus schwarzem Marmer mit Goldinschrift besteht, wurde von der Firma Kupp u. Wölter in Karlsruhe hergestellt und ist zur größten Zufriedenheit ausgefallen, sie ist bei Gesangsmitglied Wilhelm Händel, Wiedenermeister von hier, 14 Tage ausgelegt.

**Kirnbach, 5. Jan.** (Mitteilen). Wie das „Kreuzener Tagblatt“ berichtet, hat der am 25. August 1890 geborene Otto Teutle von hier verfußt, sich mit seiner Armeedivision zu verschließen, nachdem er vorher seinen Vater, einen alten Veteranen mit dem Seitengewehr erziehen wollte. Teutle ist infolge starker Alkoholgenusses nicht zurechnungsfähig. Er dürfte mit seiner schweren Schußwunde kaum mit dem Leben davonkommen.

**Welschhausen, 4. Jan.** Als des Mordes am Jagdausreiter Schaubhut verdächtig wurden zwei hiesige Einwohner verhaftet.

Desgleichen sind in Säckingen drei Wilderer eingekerkert worden. Die Untersuchung wird das Weitere ergeben müssen.

**Freiburg, 4. Jan.** In Sachen des Raubmordverfalls in dem Nachschneidungsaufgelassen, der, wie berichtet, zwischen Mühlheim und Freiburg verfußt wurde, hat die Freiburger Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 1000 M zur Ermittlung der Täter ausgesetzt. — In Bergweil Holzgrund (Schauinsland) wurde der Arbeiter Wieser aus Drebach verhaftet. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

**Freiburg, 4. Jan.** Zur Verhaftung der Straßendiebe, welche vor Kurzem in der Oberstadt hier der Schwereier eines Goldhändlers eine Sandtasche mit 25.000 M entrißen, ist zu melden: Die Spuren des einen Täters, des Kaufmanns Otto Bruchle aus Mannheim, führten nach Geislingen (Württ.), wo Bruchle durch einen Kriminalbeamten aus Freiburg dingfest gemacht wurde. Nach anfänglichem Jögern nannte er auch die Namen seiner beiden Spießgesellen, der Gebrüder Paiermann aus Nierheim (Ostf.), deren Verhaftung in ihrem Heimatort gelang. Die drei haben noch einen weiteren Raub auf dem Gewissen, der sie zusammen in Heidelberg verfußt. Es fielen ihnen dort 27.000 M in die Hände. Von den insgesamt geraubten 52.000 M sind bis jetzt nur etwas über 3000 M wieder beigebracht worden. Möglicherweise haben sie einen größeren Teil des übrigen in einem Verkehr untergebracht.

**Freiburg, 4. Jan.** Nach einer Meldung des „Oberbad. Volksblatt“ ist der Sohn des Mauters Büttlin hier nach heftigen sechsmonatigen Gefangenhaft aus Sibirien zurückgekehrt. Seit Jahren fehlte jede Nachricht von ihm, längst schon war der Vermißte zu den Toten gezählt.

Von der Neuberegelungsanstalt in Durlach. Nach einer Bekanntmachung des badischen Ministeriums des Innern soll

an der Neuberegelungsanstalt Durlach mit ihren vielfältigen Anlagen Unterricht im Weinbau erteilt werden. Es ist ein einjähriger Lehrgang vom 15. Januar 1921 an vorgesehen. Ein umfassender Lehrplan, in dem die neuzeitlichen Forderungen ganz besondere Berücksichtigung finden, wie auch die an der Anstalt wirkenden Lehrkräfte bürgen für eine praktische wie theoretische gediegene Ausbildung in allen Fächern des Weinbauens. Es werden nur Wingeröhne im Mindestalter von 17 Jahren angenommen.

**Kriegererinnerungen.** Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Zur Erreichung einer würdigen Ehrung unserer gefallenen Helden kann an Aufklärung im Lande nicht genug gesehen. Gerade das pietätvolle Gefühl der Dankbarkeit und der Erinnerung an unsere Gefallenen wird bei der vielfachen sachlichen Unkenntnis der Hinterbliebenen über schöne Erinnerungsmöglichkeiten oft geschäftlich sehr zum Nachteil der Ehrenden und der Allgemeinheit ausgebeutet. In Baden wird z. B. zur Zeit durch ein Geschäftsunternehmen eine jeweils örtliche Sammlung der Photographien von Gefallenen unter gemeinsamer Förderung veranstaltet. Das Ergebnis der Sammlung wird zu einem Bild (Photographie) zusammengestellt, an die Angehörigen abgesetzt und das neue Gesamtbild gewissermaßen als Erinnerungsmal dem Rathaus für die genossenen Förderung von der Firma kostenlos zur dauernden Aufhängung geweiht. Abgesehen von dieser geschmacklich nicht einwandfreien öffentlichen Ehrung werden den Angehörigen hierdurch nicht unbedeutliche Summen zu einem der Hauptsache nach privaten Vorteil entzogen und die Gemeinde um würdiger anwendbare Mittel gebracht. Es sei daher heute an die Möglichkeit der Einholung jedweder beliebigen Auskunft über Kriegererinnerungen beim Ministerium des Innern und Unterrichts in Karlsruhe erinnert.



### Waffenbeschlagnahme in Rastatt

Rastatt, 5. Jan. Heute morgen befand sich eine Hundertschaft der grauen Polizei von Karlsruhe auf Veranlassung des Ministeriums des Innern in Rastatt, um in dem Stadtteil Unterstadt Durchsuchungen nach abgabepflichtigen Militärwaffen vorzunehmen. Die Veranlassung zu diesen Maßnahmen war durch die Ereignisse in der Silbernacht gegeben. Man war der Annahme, daß begründeter Verdacht vorliegt, daß die Waffenbeschlagnahmten Waffen wurden 4 Militärgewehre, 300 Infanteriepatronen, 25 Packungen Stranzschrot, 20 Sprengkapseln und eine Anzahl Seitengewehre sowie sonstiges in unrichtmässigen Besitz befindliches Heeresgut aufgefunden. Außerdem wurde eine Anzahl anderer Gegenstände, die als Ueberführungsfunde für gewöhnliche kriminelle Vergehen in Betracht kommen, in Verwahrung genommen, so z. B. selbstgefertigte Jagdmunition, Messer, Revolver und Pistolen. Ferner wurden noch etwa 20 Revolver und Pistolen gefunden, die bei Personen, die keinen Jagdschein haben. — Heute nachmittag wurde der feiner Schußwunde erlegene Hasehändler bestraft.

## Rus der Stadt

• Karlsruhe, 6. Januar.

### Geschichtskalender

6. Januar: 1521 Eröffnung des Reichstags zu Worms; 1918 Der sog. Reichstagsgebäude; Engelbert Bernerlacker in Wien; 1919 Straßenkämpfe in Berlin (und folgende Tage).

### Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins

In 8 Bezirken, in der Altstadt, Süd-, Mittel- und Südwest- und Weststadt und in den Vororten Daxlanden, Müppurr und Rindheim fanden gestern Parteiversammlungen statt, in denen die sozialdemokratischen Stadtverbände in diesen Bezirken Bericht über die Bürgerausschuhverhandlungen erstatteten. Wenn auch der Besuch in einigen Bezirken etwas zu wünschen übrig ließ, so war er in anderen Stadtteilen ein desto erfruchtlicher. Man sieht, daß unsere Genossen und Genossinnen auch auf dem Damme sind, wenn keine hochpolitischen Themen auf der Tagesordnung stehen, sondern daß sie dem Gemeinwesen der Grundlage unserer ganzen Staatsorganisation, ebenfalls das lebhafteste Interesse entgegenbringen. In allen Versammlungen wurde der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion Anerkennung gezollt, im Bezirk Mittel- und Südweststadt wurde ihr sogar ein Vertrauensvotum ausgesprochen. Nachstehend lassen wir die Berichte über die einzelnen Versammlungen, soweit sie eingegangen sind, folgen.

**Mittelp.** In der sehr gut besuchten Versammlung sprach Gen. Rothweiler über „Voranschlagsberatung und Karls-äuser Gemeindepolitik“. In interessanten Ausführungen gab der Redner ein Bild über die mannigfachen und recht schwierig zu lösenden Aufgaben in der Gemeinde und die Stellung der Sozialdemokratie dazu. Er beleuchtete auch weiterhin die Haltung der bürgerlichen Vertreter zu den einzelnen Vorlagen und Positionen, insbesondere deren Kampf gegen alle im Interesse der Allgemeinheit liegenden und aus der Not der Zeit geborenen Zwangsmaßnahmen. Redner traf sich sodann noch die finanzielle Lage der Stadt, die er als eine sehr schwierige bezeichnete. Scharf kritisierte er die Haltung der U.S.V.- und A.P.-Vertreter, die bei Hauptfragen völlig versagten. In der Aussprache wurde der Standpunkt unserer Fraktion vollständig gebilligt. Um 11 Uhr konnte der Vorsitzende die recht gut verlaufene Versammlung schließen.

**Mittel- und Südweststadt.** Der Besuch der Versammlung war zufriedenstellend. Genosse Wees erstattete Bericht in ausführlicher Weise. Nachdem er die einzelnen Punkte erläutert hatte, betonte er, daß die Aufgaben der Stadt immer größer werden und man auch bestrebt sein müsse, die Kosten dafür aufzubringen. In der Diskussion wurde besonders das Sparsystem betr. Entlassung von Beamten und Arbeitern betont. Allgemein war man der Ansicht, daß es besser ist, diese in Stellung zu erhalten, als daß diese der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. Ferner wurde angeregt, daß bei Aufstellung der Voranschläge in den einzelnen Bezirken auch die Betriebsräte gehört werden sollen. Die Diskussion hat auch gezeigt, daß es notwendig wäre, vorher schon in Versammlungen die Vorlagen zu besprechen. Der Obmann Gen. Detischer machte noch die Festhallenversammlung, Lichtbildvortrag und Frauenversammlung aufmerksam und schloß die Versammlung um 11 Uhr.

**Oststadt.** Der Besuch war gut. Das Referat hielt Gen. Stadl. Hipp, der zunächst die Tätigkeit des Bürgerausschusses im Jahre 1920 besprach, um dann in eingehender Weise den Voranschlag zu erläutern und über den Verlauf der Beratung zu berichten. Besonders legte er dabei die Haltung und Stellungnahme der sozialdemokratischen Bürgerausschuhaktion zu den einzelnen Vorlagen und den verschiedenen Titeln des Voranschlags dar. — Die Aussprache war eine sehr eingehende und sachliche; es sprachen die Genossen Bögle, Pongraß, Stoll, Brandel, Winter, Kling, Argast, Klein, Riedel und Krull. Die Arbeit der sozialdemokratischen Rathausaktion wurde anerkannt und gebilligt, die Redner gaben eine gute Anzahl Anregungen, brachten viele Wünsche und Beschwerden über städtische Verhältnisse vor, die für die sozialdemokratischen Stadtverbände der Oststadt sehr wertvoll sein werden für ihre weitere Arbeit.

**Müppurr.** Der Besuch war ein guter, wenn auch nicht zufriedenstellend in Anbetracht der Mitgliederzahl. In zweifelhafte Ausführungen gab Gen. Höhn ein umfassendes Bild der kommunalen Aufgaben in der jetzigen Zeit und von der Tätigkeit unserer Rathausaktion unter besonderer Berücksichtigung der Voranschlagsberatungen. In übersichtlicher Weise behandelte Redner die einzelnen Vorlagen und Positionen. Er bemerkte, daß unsere Fraktion tüchtige Arbeit geleistet habe, deren Erfolg für die munderbemittelte Bevölkerung noch größer sein könnte, wenn die bürgerlichen Vertreter nicht die Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten niedergestimmt hätten, wie ich dies z. B. bei der Bekämpfung des reichseinkommensteuerlichen Einkommens zeigte. Dem Vortrag, der mit großem Interesse verfolgt wurde, schloß sich eine anregende sachliche Aussprache an, in der die Arbeit der Fraktion anerkannt und verschiedene Fragen, wie die städt. Betriebe, Wohnabgabe usw. besprochen wurden. Kurz nach 11 Uhr konnte der Vorsitzende Gen. Höhn die Versammlung schließen.

**Südstadt.** Die gestern abend in den „Auerhahn“ einberufene Versammlung hatte einen nur mäßigen Besuch aufzuweisen. Der Referent des Abends, Gen. Stadl. Fr. Lipppe, ließ zunächst den städtischen Voranschlag insgesamt Revue passieren, um alsdann die Einzelvoranschläge der städtischen Ämter eingehend zu behandeln. In 15stündigen klaren sachlichen Ausführungen entlegte sich der Redner in vorzüglicher Weise einer Aufgabe, wofür derselbe den Beifall der Anwesenden fand. In der Diskussion beteiligten sich Genossin K. Fischer, sowie die Genossen G. Schwarzl und Heiner. Fischer teilte in zukunftsweisendem, teils in ergänzendem Sinne. Nach einem Schlusswort des Referenten konnte der Vorsitzende Gen. Stadl. Lipppe die Versammlung um 11 Uhr schließen.

### Bereitete Mädchenverschleppung

Ueber folgendes merkwürdiges Vorkommnis in Mühlburg wird uns berichtet: Am Montag abend kam aus der Stadt ein Zugswagen in hartem Tempo hergekauft. In der Nähe Peter- und Paulsplatz gingen eine Anzahl Turnerinnen ihren Weg, als ein Herr aus dem Auto sprang und mit Gewalt ein Mädchen in das Auto schleppen wollte. Zwei Turnergosinnen sind unter steter Verfolgung dieses Missethätigen mit knapper Not entkommen. Wie die Polizei berichtet, ist ein ähnlicher Fall auch bereits in Anselingen vorgekommen. Es wird angenommen, daß es sich um Franzosen handelt, die auf Verschleppung von jungen Mädchen ausziehen. Aufklärung ist dringend nötig.

### Winterfeier der Freien Turnerschaft

Zu einem großzügig angelegten Winterfest laden die Freien Turner die Arbeiter- und Beamtenchaft auf nächsten Sonntag, 9. Januar, mittags 5 Uhr, in den großen Festhallsaal ein. Natürlich werden turnerische Aufführungen der Turnerinnen und Turner den Hauptteil des Programms bilden. Aber auch der Arbeitergesang, die Kunst und die edle Musik sollen auf ihre Rechnung kommen. Frau Margarete Piz vom Landestheater wird mit hohem Interesse die Festgemeinde erfreuen und das Orchester des Landestheaters, dessen Leistungen überall Anklang gefunden haben, wird neue Proben seines Könnens ablegen. Natürlich dürfen bei den Arbeiterturnern auch die Arbeiterfänger nicht fehlen und in dankenswerter Weise hat sich der Sängerbund „Vorwärts“ zur Mitwirkung bereit erklärt. Es ist also eine wirklich nette Winterfeier zu erwarten, sodas der Besuch nur empfohlen werden kann. Die Programme, die zum Eintritt berechtigten, finden sehr regen Haff und beileie sich deshalb jedermann, sich ein solches zu sichern.

**Verein Arbeiter-Jugend.** Heute, Donnerstag abend, pünktlich 8 Uhr beginnend, wird Gen. Julius Geh einen Vortrag halten über „Seefahrer und Seereisen“. Gen. Geh wird den Jugendlichen von seinen eigenen Wandersfahrten erzählen. Der Vortrag dürfte ebenso interessant wie lehrreich werden. Von 7 Uhr ab ist Gelegenheit zum Lesen und Spielen, sowie Bücherausgabe. — Die Veranstaltung in 8 Tagen, Donnerstag, 18. Januar, fällt zugunsten des Laube-Vertrags im Bildungsausschuh aus und wird auf 20. Januar verlegt. Die Mitglieder der Arbeiterjugend werden ersucht, den lehrreichen Lichtbildvortrag des Gen. Laube im Marksaal zu besuchen. Karten zu 1 M 15 werden heute abend im Lokal ausgegeben.

**Jahreswendfeier des Arbeiter-Gesangsvereins „Freiheit“.** Mit einer sehr gut gelungenen Veranstaltung leitete der Arbeiter-Gesangsverein Freiheit Weierheim das neue Jahr ein. Der Saal des Stefaniensbades war bis auf den letzten Platz besetzt. Das Programm war glücklich zusammengestellt. Genies und Heiteres wechselten in bunter Reihe miteinander ab. Der etwa 45-50 Mann starke Männerchor der „Freiheit“ sang unter Leitung seines unermüdeten Dirigenten Schilling mit bestem Gelingen eine Anzahl gutausgewählter Chöre. Der 1. Tenor dürfte etwas stärker sein, der erwünschte Zuwachs sollte aus den bürgerlichen Gesangsvereinen kommen, denen ja noch so viele Arbeiter angehören, die noch nicht wissen, wo sie hingehören. Das Fest der „Freiheit“ zeigte, daß der Verein sich mit dem, was er zu bieten vermag, neben jedem bürgerlichen Verein setzen lassen kann, ein Klassenbewußter Arbeiter hat keinen Vorwand mehr, dort den Statist zu spielen. Als Solisten mit ersten und zweiten Vorträgen beteiligten sich Fräulein Stolz, deren helle, volle prächtige Stimme allgemeines Aufsehen erregte, Fräulein Bandhug, die Sangesgenossin Huber, Formart und Braun, die durchwegs mit ihren Darbietungen lehrhaftesten Beifall ernteten. Zwei weitere Theaterstücke brachten angenehme Abwechslung, die Wiedergabe zeigte, daß die „Freiheit“ auch über eine Anzahl schauspielerisch veranlagte Mitglieder verfügt. Eine merkwürdige Veränderung erfuhr das Programm durch die Mitwirkung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Weierheim, der bei diesem Feste zum ersten Male vor die Öffentlichkeit trat. Für das, was die Turner boten, es waren Freilübungen, Barrenrücken und Pyramiden, muß ihnen uneingeschränktes Lob gezollt werden, die Freilübungen klappten wie aus einem Guß, die Uebungen am Barren ließen erkennen, daß auch dem Gerädeturnen besondere Sorgfalt zugewendet wird und die Pyramiden boten prächtige Bilder. Wenn sich die Arbeiterchaft derart unterstützt, wie es hier in Weierheim bei den Sängern und Turnern der Fall ist, dann muß es vorwärts gehen. Eine Gabenverlosung und eine Tanzunterhaltung beschloßen die nach jeder Richtung hin zufriedenstellend verlaufene Arbeiter-Versammlung.

**Abend der „Lassalla“.** Am kommenden Samstag, 8. Januar, eröffnet der Gesangsverein „Lassalla“ sein diesjähriges Jahresprogramm mit einem bunten Abend im großen Saal der Festhalle. Außer dem circa 200 Sänger zählenden Gesangschor des Vereins, der das erste mal unter seinem neuen Dirigenten, des Musiklehrers Herrn Karl Herz, vor die Öffentlichkeit tritt, haben Fräulein Anna Kirchner, Sololängerin am Landestheater, sowie Herr Eugen Müller, Harmonist, ihre Mitwirkung zugesagt. Die Tanzmusik ist vom Harmonieorchester übernommen worden. Eintrittsarten sind in den im Anseher bekannt gegebenen Verkaufsstellen erhältlich. Für die Mitglieder sind die Eintrittspreise ermäßigt und können die Karten am Donnerstag, 6. Januar, im „Auerhahn“, Schützenstraße, zugleich mit dem neuen Jahresprogramm, ohne das kein Mitglied Zutritt hat, in Empfang genommen werden. Der Eintrittspreis für Nichtmitglieder ist sehr niedrig gehalten, jedoch es jedermann ermöglicht wird, ein paar genussreiche und humorvolle Stunden zu genießen. Der Jugend ist hier Gelegenheit gegeben, das Tanzbein zu schwingen, da der Tanz um 10 1/2 Uhr beginnt und um 11 Uhr beendet wird.

**Weihnachtsbescherung in der Schillerchule.** Eine besonders große Weihnachtsfreude wurde 200 armen Schülern der Schillerchule zuteil. Diese Kinder, größtenteils aus den ärmsten Volksteilen kommend, hätten angesichts der Not der Zeit seitens des Elternhauses kaum eine Weihnachtsbescherung zu erwarten gehabt. So unternahm es, wie alljährlich, die Lehrerschaft der Schillerchule, für ihre armen Kinder eine Weihnachtsfeier mit Bescherung zu veranstalten. Teils aus eigenen Mitteln, namentlich aber durch Zuwendungen wohlthätiger Firmen und Privatpersonen der Stadt, auch besser sitzierter Schüler wurden die Auserwählten mit den so notwendigen Kleidungs- und Wäscheutensilien und sonstigem Gebrauchsgegenständen, wie Schreib- und Spielgeräten, beschenkt. Auch leistete ein Frauenklub in Rem-Mohalle (Amerita), dessen rühriges Mitglied eine geborene Karlsruherin ist, einen gar dankenswerten Beitrag dazu. Was jedoch gegen die Veranstaltungen der Vorjahre eine wesentliche Bereicherung der Gaben und damit eine Steigerung der Anzahl der Bescherenden auf 200 ermöglichte, war der Umstand, daß sich dieses Jahr die Schillerchule auch an Landgemeinden wandte und sie um Gaben an Lebensmitteln ersuchte, woran es den armen, unterernährten Stadtkindern besonders mangelt. Der schickere Versuch hatte einen ungeachteten Erfolg. Es flossen reiche Gaben an Lebensmitteln zu. Der über die Schillerchule ausgegossene Segen ist so reichhaltig, daß auch nach Neujahr nicht nur die notleidenden Kinder der Schillerchule, sondern auch die benachteiligten Schulen beschenkt werden können. Mit dankbarem Gemüte gedenken die Beschenkten der mühtätigen Geber vom Lande, und manch süßender Dankbrief wurde an die freundlichen Landfrüchte, die die Sammlungen besorgten, geschrieben.

Die Neueröffnung zeigt für heute nachmittag 4 Uhr das Kaufhaus Hugo Landauer an. Der Besucher wird über- rascht sein von den baulichen und dekorativen Veränderungen, die den Verkaufsräumen eine äußerst vornehme Gepräge geben. Die Geschäftsführung ist dazu übergegangen, das Geschäft ganz auf die Damen- und Kinderkonfektion auszustellen. Es war dafür eine ganze Reihe von Veränderungen verkaufstheoretischer Art erforderlich. Die zahlreichen Schaufenster zeigen in geistlicher Aufmachung hochgelegenes, mittleres und einfaches Genre, so daß also auch die Preisfrage aufs beste gelöst ist. Die Verkaufsräume weisen in jedem Stock eine große Anzahl von Probierkämmen auf, die vornehmlich anmutig in Weiß gehalten und im Verein mit effektvoller Beleuchtung einen künstlerischen Rahmen abgeben. Die neue Gestaltung der Verkaufsstellen wird ohne Zweifel vom tausenden Publikum mit größtem Interesse begrüßt werden. Dem unternehmenden Haus darf man zu der wohlgelegenen Umgestaltung wohl die besten Wünsche mit auf den Weg geben.

**Generalverband der Invaliden und Witwen Deutschlands.** Bekanntlich besteht auch in Karlsruhe eine Ortsgruppe obiger Organisation und es liegt im Interesse aller Invaliden beiderlei Geschlechts, ja sogar der gesunden Arbeiter, sich dem Generalverband anzuschließen. Nur durch eine starke Organisation ist es möglich, das Elend, von dem die Armten der Armen, die Invaliden betroffen sind, schneller zu beseitigen. Invaliden bedürfen, doch nur durch Organisation etwas erreicht werden kann. Deshalb hinein in den Generalverband! Die hiesige Ortsgruppe hält am Sonntag, 9. Jan., vorm. 10 1/2 Uhr, im „Elefanten“, Kaiserstraße, eine Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung ab, wozu jedes Mitglied zu erscheinen hat.

**Die Ortsgruppe Karlsruher heimatreuer Oberflieger** richt ihre Mitglieder am Samstag, 1. Jan., zu einer Versammlung in das Vereinslokal zusammen. Die Sorge um das Schicksal der geliebten Heimat brachte fast alle Abstammungsberechtigten herbei, so daß der geräumige Saal schon vor Beginn überfüllt war. Der 1. Vorsitzende, Herr Krauß, begrüßte aufs herzlichste die Landesleute mit ihren Familien und Gästen. In kurzen Zügen gab er die neuesten Eingänge unserer Preis-louer Zentrale bekannt und freute die gegenwärtige Lage mit manchen Worten. Nicht mit Stahl und Eisen wollten wir zur Abstützung fahren, wohl aber mit einem treu deutschen Herzen aus Liebe zu Heimat. Möge das neue Jahr endlich unserer Heimat den ersehnten Frieden bringen, und die Abstützung zu einem großen deutschen Siege humpeln. Großer Beifall wurde dem 1. Vorsitzenden für seine Worte zuteil. Desgleichen fanden auch zwei zur Verteilung gelommene oberfliegerische Briefe daselbst Echo. Der zweite Teil der Versammlung bestand aus einer schlichten, aber würdigen Weihnachtsfeier. Wiederum stellten sich unwillkürlich begabte Mitglieder mit ihren Freunden bereitwillig zur Verfügung und bereiteten so ihren Landesleuten durch feinsinnig hochbedeutende Leistungen einige Stunden reiner und höchster Freude. Die Heimatstreuen gingen dankbaren Herzens auseinander in der festen Überzeugung, daß der Tag nicht mehr allzufern sei, an dem wir die schwer bedrückte Heimat befreien werden durch die Hingabe unserer deutschen Stimme; denn nur einzig und allein durch die Erhaltung Oberflieger ist eine Wiedergeburt unserer so tief darniederliegenden deutschen Industrie und unseres Wirtschaftslebens möglich.

**Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.** Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden in seinen eigenen Ateliers und Werkstätten eine Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geschaffen und bringt diese in Gemeinschaft mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in den deutschen Großstädten zur Schau. Den Bemühungen der Ortsgruppe Karlsruhe der D.G.G.K. ist es gelungen, daß diese Ausstellung, die hinsichtlich Vollständigkeit und anschaulicher Darstellung nicht ihresgleichen hat, nunmehr nach Karlsruhe überführt wird. Sie wird von Sonntag, den 16. Januar 1921, ab auf etwa 4 Wochen in der städtischen Ausstellungshalle der allgemeinen Befähigung zugänglich sein.

**Die hiesige Kunstszene** an der Hans-Bonhoefferstraße ist seit dem zweiten Februar endlich wieder dem allgemeinen Besuch zugänglich. Monatslang waren ihre Türen geschlossen geblieben; in dieser Zeit wurde mit einer durchgreifenden Reorganisation der verfallenen Sammlung begonnen, die einem seit Jahren schon bestehenden dringenden Bedürfnis entspricht. Die Reorganisation, die nur langsam und schrittweise vor sich gehen kann, hat sich zunächst auf die altsächsischen Abteilungen der Sammlung erstreckt. Das Ergebnis bedeutet eine Umgestaltung; wie eine neue Galerie müßte diese Sammlung nun an, und zum erstenmal erkennt man ihre Bedeutung für die Kunst und ihren Wert. Die ganze Reorganisation ist die Frucht der Arbeit des neuen Galeriedirektors Dr. Stord. Daß der Zutritt zu der Ausstellung heute nicht mehr unentgeltlich sein kann, werden gerade die Werksleute ohne weiteres einsehen, da diese am besten die materiellen Opfer, die eine solche Reorganisation erfordert, beurteilen können.

**Die Galerie Moos, Kaiserstraße 187,** beginnt das neue Ausstellungsjahr mit Gemäldesammlungen von Otto Hill-München, dem bekannten Tiermaler, sowie des Trümmers-Schillers Otto Graeber-Karlsruhe. Max Adermann-Schlitz zeigt schöne Aquarelle und Radierungen, während Adolf Jansen-John mit einer Reihe vorzüglicher Original-Zerdrachten betreten ist. Die Ausstellung ist täglich von 10-5 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr, zu besichtigen. Der Eintrittspreis beträgt auch im neuen Jahr nur 50 H (Jahreskarte 6 M).

**Stenographiekurs.** Der Stenographen-Verein Stolze-Schäfer beginnt am 11. Januar einen Stenographiekurs für Anfänger und Fortgeschrittene. (Siehe Anzeige.)

**Polizeibericht vom 6. Jan. Unfall.** Auf dem Exerzierplatz fiel am Dienstag ein mit Holz beladener Wagen um. Der Fahrer des Fuhrwerks, ein verheirateter Schöffer von hier, geriet unter den Wagen, erlitt eine Brustquetschung und mußte nach dem städt. Krankenhaus gebracht werden. — Aus dem fahrenden Zuge geprüngt ist gestern früh kurz nach der Station Rastatt ein Unbekannter, der durch einen Schußmann wegen Verdachts des Diebstahls festgenommen werden sollte. Sein Komplize, ein lediger Bader aus Unterweidach, konnte wegen Diebstahls verhaftet werden. Ein bei ihm vorgefundener Koffer mit 80 Stück Seife wurde bei ihm beschlagnahmt.

### Daluta-Bericht vom 5. Januar

Markus in der Schweiz 8.75 Gts. Auszahlung Holland notierte 23.65 M. per holl. Gulden. Schweiz notierte 11.45 M. per schweiz. Fr. England notierte 267 M. per Pfund Sterl. Frankreich notierte 4.40 M. per frz. Fr. Neupost notierte 75 M. p. Post.

### Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.) „Sozialdemokratisches Handbuch“ für die praesentischen Parteitagenden (Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68). Preis für Parteimitglieder 8 M., Rest sonst 12 M. — Das schon erschienenene Handbuch bietet unseren Parteigenossen, insbesondere aber den agitatorisch tätigen, das für den Wahlkampf erforderliche Material. Jede Frage, die in der Wahlbewegung eine Rolle spielt, findet darin ausführliche Behandlung.

### Klasserband des Rheins

Schulterinsel 27, geit. 8; Neßl 194, geit. 8; Marxu 265; Mannheim 174, geit. 2 Zentimeter.



**1. Weihnachtssongert der Schülerkapelle.** Am Neujahrstag veranstaltete die städt. Schülerkapelle im kleinen Festhallsaal ihr diesjähriges Weihnachtssongert. Diese Feier, die nach jähriger Pause zum ersten Male wieder stattfand, war in früheren Jahren für die Schüler der Schülerkapelle und deren Eltern ein Ereignis. Auch das diesjährige Weihnachtssongert stand, soweit die musikalischen Darbietungen in Betracht kommen, auf recht beträchtlicher Höhe. Die dargelegenen Musikstücke zeigten von einem eingehenden und eifrigen Studium der jungen Musiker. Dies gilt besonders von den dargelegenen Quartetten für Holz- und Blechbläser.

Nach altem Brauch wurden die Schüler für langjährige Mitgliedschaft ausgezeichnet; 30 Jünglinge erhielten das silberne Ehrenzeichen für 5jährige Mitgliedschaft, 1 Jüngling, Heinrich Wilhelm, das goldene für 10jährige Mitgliedschaft. Unbegreiflich ist es, wie das Volksschulrektorate Herr N o m e o zur Mitwirkung heranziehen konnte. Dieser gab unter dem Klang der brennenden Weihnachtssongerten seine Botschaften, stellte Vergleiche zwischen der alten und neuen Zeit an, bei denen er offenbar seine schwarze Brille auf hatte, sonst wäre es sogar ihm aufgefallen, daß seine Poesie über „Geisenhollen“ und anders bei der Weihnachtssongert einer Ableitung der städt. Volksschulen sehr am Platze ist. Oder glaubte sich Herr N o m e o in einer Herzensstimmung seligen Angedenkens zurückversetzt? Auf jeden Fall ist zu beauern, daß das Volksschulrektorate durch diesen Mißgriff die sonst so würdige Feier herabgemindert hat.

**Der Männergesangsverein E. S. Karlsruhe** veranstaltete am 2. Weihnachtssongert im großen Saale zum „Nächtigen Klang“ seine diesjährige Weihnachtssongert. Der geräumige Saal war bis zum letzten Platz besetzt. Die Männerchor wurden unter Leitung des Herrn Adolf B e h l e jun. mit gewohnter Klangfülle und feiner Ausarbeitung dargelegt. Herr Adolf Behle trug zur Verschönerung der Feier einige sehr heilig aufgenommene Lieder mit seinem wunderschönen Bass vor, wobei er in Herrn Hugo Anabel einen trefflichen Klavierbegleiter fand. Herr W i l h. A u g e r rief mit seiner großen Baudeckelkraft und seinen sprechenden Pupillen große Heiterkeit hervor. Ebenfalls fanden die von Mitglied Wagner und dessen Frau eingeübten Weihnachtssongerte, „Weihnachtssingerreigen“ und „Maitensings Weihnachtstraum“, die von den Liedern der Vereinsmitglieder aufgeführt wurden, allerseits großen Beifall. Im zweiten Teil des Programms wurde dem gemütlichen Teil Rechnung getragen. Der Liedersänger (Original Solosänger), sowie der Einakter „Die lange Leihne“ erweckten wahre Beifallsstürme. Alle Mitwirkenden waren an der rechten Stelle und der Erfolg darum der denkbar schönste. Hierauf folgte die Erbringung einer Reihe verdienter und langjähriger Mitglieder. Den Abschluß des schönen Festes bildete ein Weihnachtsball. Sämtliche Teilnehmer

**Der Gesangsverein „Nabena“** veranstaltete am Sonntag im Apollotheater eine Weihnachtssongert, welche in allen Teilen einen guten Verlauf nahm. Bei der Kinderfeier mit Liedern war es eine helle Lust, die freudige Eingänge der Kinder mit anzusehen und hören zu dürfen. Einzelvorträge wechselten mit Gesangsbeiträgen jeglicher Art. Ganz vorzüglich ausfiel die von etwa 100 Kindern gesungenen Lieder: „Es kam die gnadenvolle Nacht und „Kommet ihr Hirten“, welche eine solche Pünktlichkeit und Wiedergabe fanden, daß es geradezu bewundernswürdig wirkte. Die beiden Theaterstücke „Große Weihnacht“ und „Die Baubenkolonie“ hinterließen die besten Eindrücke. Herr M e i e r, welcher sowohl die Gesangsdarbietungen als auch die beiden Theaterstücke einstudierte, hat sich große Verdienste um das Gelingen der Veranstaltung erworben. Bei der Weihnachtssongert und Neujahrfeier am Abend kamen unter Baumanns Leitung „Schäfers Sonntagsgesang“, „Gymne an die Nacht“, „Mein Eigen sollst du sein“ und „Wunsch ein Mädchen“ fünf und schön stimmungsreich zum Vortrag. Herr E l l g sang „Arie des Herubim“ von Mozart „Liedersänger“ von Weinarten und „Gretel“ von Wagner und erntete mit ihren künstlerischen Darbietungen wohlverdienten Beifall. Zwei Solovorträge, von Herrn M ü l l e r meisterhaft gespielt, hinterließen einen tiefen Eindruck. Herr Baumgärtner, ein angehende Künstlerin auf der Violine, erzielte mit: „Nobis aus Violinsonzert Nr. 9“ von Veriot und „Groszmutterchen“ von Ragner großen Erfolg. Zwei allegorische Weihnachtssongerte von den Damen Brenner, Dieckhoff, Kappach, Schille, Vornagler und Keller, trugen viel zur Verschönerung des Abends bei. Der von 16 Damen aufgeführte Festliedersänger, von Herrn Baummeier mit großem Geschick einstudiert und von den Damen mit Grazie und Eingabe durchgeführt, war eine Glanznummer des Programms. Daß zum Schluß auch das Heitere zu Wort kam, dafür sorgten die Gesangsbeiträge von Herrn W e r b. Leprierer verdienten seinen Vorträgen sehr viel Beifall und die der Einakter: „Rezept gegen Schwiegermutter“ wurde von den Gesangsmitgliedern mit Beifall und Beifall sehr wirkungsvoll gespielt und der reiche Beifall war ein wohlverdienter. Mit einem Tanz endete die überaus reichhaltige und wohlgeplante, nur durch Mitglieder bezogene Veranstaltung.

**Wöchentliche Vortragabend.** Die Karlsruher Ortsgruppe des Vereins der Dichtenden veranstaltete kürzlich im Künstlerhaus einen Abend, dessen Besuch von jüdischen Operntänzen keinen allzu deutlichen Beweis ablegte. Der Heinerlös war für die in der unglücklichen Bedenken ist nicht mehr zu helfen. — Die Veranstaltung nahm, die Länge abgerechnet, einen äußerst gelungenen Verlauf, durch die Persönlichkeit des Schriftstellers E. B o r i t z bedingt, der nach einleitenden Worten drei Erzählungen aus eigener Feder zum Vortrag brachte. War schon die Art seiner Vermittlung von tiefster Wirkung, so konnte hier wieder der Dichter Boritz vor allem in der Erzählung „Widwid“ bewundern werden, dessen metaphysische Tiefe geliebte durchdrungen Menschen und phantastische Bildkraft sich in diesem kleinen Meisterwerk in ganz besonderer Weise zeigen. Herr R u t h V o r i t z vom Bad. Landestheater trug einen Teil der bekanntesten Jargonlieder zur Laute vor, dabei von einer reichen, besonders auf diesen eigenartigen Gegenstand eingestellten Musikalität sicher geleitet. Von ihnen Vorträgen gehören das Wägenlied und das haffische Du-Bied herbegehörten, deren Wiedergabe die ganze Art ihres tiefseeligen Vortragens erkennen ließ. Den beiden Ausübenden wurde herzlicher Beifall gezollt.

Der teure Kaffee in der Festhalle. In unserem Bericht über das Weihnachtssongert in der Festhalle hatten wir zum Schluß festgestellt, daß für die Tasse Kaffee 2,50 M verlangt worden seien. Der Richter der Stadtgarten- und Festhallenwirtschaft, Herr S c h m i t z e s, teilt uns nun mit, daß unsere Bemerkung unrichtig sei; in den Nämern der Festhalle koste eine Tasse Kaffee, ebenso wie in anderen Restaurants in der Stadt, nur 1,50 M. Nur für Kaffee mit Sahne wird ein Preis von 2,50 M erhoben. Dieser letztere Preis sei aber nicht zu hoch in Anbetracht der hohen Kosten, die für ausländische Sahne, um die es sich hier handle, bezahlt werden müssen. — Bei der „ausländischen Sahne“ des Herrn Schmitzes dürfte es sich wohl um lizenzierte Milch handeln; und ob der Preis von 1 M für ein Tröpfchen dieser Milch nicht zu hoch ist, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Und übrigens wurde niemand gefragt, ob er Kaffee mit oder ohne Sahne wolle, sondern wer Kaffee bestellte, erhielt eben nur solchen mit Sahne von 2,50 M.

Der „Verein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs“ durch Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Wagnau, der seit Kriegsende aus außerpolitischen Gründen in der Öffentlichkeit wenig von sich hören ließ, hat nunmehr nach einer Bekanntmachung in unserem Infanterieblatt seine Mitglieder

wie wir hören, auch die Reichs- und Staatsbehörden sowie die in Betracht kommenden Reichs- und Landtagsabgeordneten zu einer Versammlung nach Karlsruhe eingeladen, die sich mit der Stellung der Reichsregierung zum Wagnauer Brückenbauprojekt befassen soll und bei welcher den einleitenden Vortrag der Schriftführer des Vereins, Herr Stadtrathungsrat Pfeiff-Karlsruhe halten wird. Die Versammlung findet im großen Sitzungssaal der Handelskammer Karlsruhe statt und verdient aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen allseitige Beachtung.

**8. Künstlerabende im Hotel „Germania“.** Wie uns mitgeteilt wird, hat Herr Oberinspektor Scherz die künstlerische Leitung der Kleinfunktion „Motes Haus“ niedergelegt. Dafür wird er Mitte dieses Monats im Festsaal der „Germania“ Künstlerabende im bornehmsten Stil veranstalten, wozu nur erste Kräfte vom besten Landesbühnen und auswärtiger Theater mitwirken werden.

Die vier Dichterabende der Konzertdirektion Kurt Neufeld nehmen am kommenden Freitag, den 7. Januar, ihren Anfang. Walter L o e m, einer der populärsten deutschen Schriftsteller, wird an diesem Abend im Eintrachtsaal persönlich eigene Werke zum Vortrag bringen. Die Kartenabgabe hat begonnen.

**Theaterkulturverband Karlsruhe.** Auf Einladung des Theaterkulturverbandes findet am nächsten Sonntagmorgen Schriftsteller Früh D r o p - Mannheim in der Wandelhalle des Bad. Landesbühnen über Expressionismus im Drama. Gleichzeitig gibt der Vortragende eine Einführung in sein neues Drama „Freispruch“, dessen Aufführung am 15. Januar stattfindet. Am den Vortrag schließen sich Rezitationen von den Mitgliedern des Bad. Landesbühnen.

**Arbeiterfänger des 3. und 4. Bezirks (Karlsruhe und Pforzheim mit Umgebung) veranstalten am 21. April d. J. ein Bezirksfängerfest in Karlsruhe.** Voraussetzungen hierfür sind etwa 40 Vereine teilnehmen. Die Bezirksleitung bittet die Vereine und Gewerkschaften hiesiger Stadt, bei etwaigen Veranstaltungen auf obigen Datum Rücksicht nehmen zu wollen.

**Bezirksfängerfest**

Die Arbeiterfänger des 3. und 4. Bezirks (Karlsruhe und Pforzheim mit Umgebung) veranstalten am 21. April d. J. ein Bezirksfängerfest in Karlsruhe. Voraussetzungen hierfür sind etwa 40 Vereine teilnehmen. Die Bezirksleitung bittet die Vereine und Gewerkschaften hiesiger Stadt, bei etwaigen Veranstaltungen auf obigen Datum Rücksicht nehmen zu wollen.

**Eisenbahner - Versammlung**

Eine gestern abend von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Christliche Verbände) in den Apollotheater einberufene Versammlung war von Eisenbahnern aller Richtungen sehr stark besucht, jedoch die Sitzplätze nicht ausreichten. Gewerkschaftssekretär K l a u e aus Mainz gab einen guten Bericht über den Stand der gegenwärtigen Rohbewegung und die Lage der Eisenbahnarbeiter und Beamten. Er schlug dann zunächst scharfe Töne an gegen die Ruhrarbeiter der heutigen Not, Landwirte und Großindustrie. Es könne nicht bestritten werden, daß die Landwirte die städtische Bevölkerung in unerhörter Weise ausbeuten. Aber es wird auch einmal die Zeit kommen, wo wir von der deutschen Landwirtschaft nicht mehr abhängig sind, wo man das unferne Landwirtschaft entgelten lassen kann. (Leb. Beifall.) Auch die Großindustrie verhält sich vorzüglich, die heutige Zeit in egoistischer Weise nutzbar zu machen. Demgegenüber leiden die Arbeiter und Beamten bittere Not. Die Tatsache, daß es heute noch Beamtenkategorien gibt, die ein Einkommen von 500-800 M monatlich haben, dürfte genügen. Der Redner nahm dann scharf Stellung gegen Reichsfinanzminister Brügel wegen seiner Freibürger Rede. Die großen Arbeiterverbände denken gar nicht daran, das Angebot Brügel, gegebenenfalls selbst die Fingel der Regierung in die Hand zu nehmen, anzunehmen. Redner meinte, die Rechnung sei sehr einfach. Wenn alles 10- bis 15mal so teuer ist wie früher, so kommen wir mit dem fünfmal so hohen Eisenbahntarif nicht mehr durch. Die Eisenbahntarife müssen eben mit der sonstigen Teuerung in Einklang gebracht werden. Zu begrüßen sei, daß die Verbände der vertriebenen Richtungen endlich den Weg der Einigung beschritten haben. Die Frage, ob es zum Streit kommt, hängt von dem Verhalten der Regierung ab. Die Arbeiterorganisationen werden jedenfalls einig bleiben und wenn es zum Streit kommen wird, müssen die Anorganisierten über die Klinge springen. Die Organisierten haben es fast, für jene Schmarotzer die Beiträge zu zahlen.

Der Vortrag löste eine lebhaft Debatte aus, an der sich neben mehreren anderen Rednern auch der Vertreter des freigezwärtschäftlichen Verbandes, Geschäftsführer S c h n e i d e r, beteiligte. Er wies zunächst nach, daß es vollkommen falsch sei, den Eisenbahnern die Schuld an dem Mißstand zuzuschreiben. Die Ruhrarbeiter sind die Schlotbarone, die ungeheure Profite mit dem Geschäft mit den Eisenbahnen machen. Darüber muß einmal die Bevölkerung aufgeklärt werden. Die Arbeitslosigkeit der Eisenbahner ist heute eine gute. Im Anschluß hieran nahm der Redner sich das „Süddeutsche Volksblatt“ in Baden vor, ein deutsch-nationales Blattchen, das in unerhörter Weise gegen die Eisenbahner heftig und geschrieben habe, daß die fälschlichen Lohnverhältnisse der Eisenbahner in ein Maß steigen, das nicht voll werden will. Die Arbeiter sollten dafür sorgen, daß derartige Preiserhöhungen keine Annehmlichkeit mehr finden. Die Arbeiter aller Verbände sollten sich endlich zusammenschließen. Noch nie ist ein Streit verloren gegangen, wenn die Arbeiterschaft eine geschlossene Front gebildet. Die Ausführungen Schneiders wurden lebhaft applaudiert.

Außerdem sprachen noch die Gewerkschaftsbeamten S o l g a r a t h und K ü m m e l e. Letzterer betonte ebenfalls, daß die Öffentlichkeit besser über die Verhältnisse im Eisenbahnen informiert werden sollte, um der heutigen allgemeinen Antipathie gegen die Staatsarbeiter und Beamten entgegenzuwirken. Es sei auch ganz und gar unrichtig zu behaupten, die Eisenbahner würden schamlos den Achtundtagslohn ausnützen. Die Eisenbahner arbeiten in Schichten und nicht im Achtundtagslohn. Schuld an unserer ganzen Misere seien die Mäcker und Schieber, gegen die ganz anders vorgegangen werden müsse. Für überhöbete Wucherer sei nur Buchführungskasse am Platze. Außerdem sagten noch 3 Kommunisten ihr Erschließen gegen die „Gewerkschaftsbeamten“ her und brachten noch sonstige ungerührte Zeug vor. Am Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im Apollotheater versammelten Eisenbahnarbeiter und Beamten verlangen von der Regierung, daß sie die gegenwärtigen Verhandlungen über die Teuerungsforderungen der Eisenbahner so rasch wie möglich zum Abschluß bringt. Die Versammelten erwarten, daß die Regierung endlich durch die Tat beweist, daß es ihr ernst ist mit dem bekundeten Willen zur Erreichung weitestgehender Maßnahmen, um der vorhandenen Notlage der Eisenbahner zu weichen. Arbeiter und Beamte sind sich der Schwere der durch einen Streit entstehenden wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen wohl bewußt. Es liegt an der Regierung und am Reichstag, durch weitestgehendes Entgegenkommen zur Entspannung der Lage beizutragen. Geschleht dies nicht, so sind die Versammelten jederzeit bereit, der Parole der Gewerkschaften zu folgen. Die Verantwortung für einen so aufgezwungenen Streit fällt auf die Regierung zurück.“

Die Versammlung schloß gegen 8 Uhr.

**Letzte Nachrichten**

**Regierungskrise in Braunschweig**

11. Braunschweig, 6. Jan. In Braunschweig ist eine unerwartete Regierungskrise ausgebrochen. In der Beratung einer Regierungsvorlage, die eine Vernehmung der staatlichen Sicherheitspolizei um 200 Mann vom Landtag verlangte, lehnten die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien eine Verklärung der Sicherheitspolizei überhaupt ab, während die Demokraten die Bewilligung von der Einsetzung eines Kontrollausschusses abhängig machten, der eine sichere Gewähr für eine parteipolitisch einwandfreie Zusammensetzung und entsprechende dienstliche Beistellung der Sicherheitspolizei zu bieten habe. Da auch die kommunistischen Abgeordneten sich mit der Regierungsvorlage nicht sonderlich befreundet wollten, stellte nach längerer Aussprache der Ministerpräsident im Auftrage des Gesamtministeriums die Vertrauensfrage an den Landtag. Auf Antrag der Unabhängigen wurde die Abstimmung über die Vertrauensfrage bis morgen ausgesetzt. Das Schicksal der reinsozialistischen Braunschweiger Regierung wird morgen durch die Stellungnahme der drei neuen kommunistischen Abgeordneten entschieden.

**Mittritt des französischen Kabinetts?**

11. Paris, 6. Jan. „Liberte“ spricht von der Möglichkeit, daß das Kabinet Leagues am kommenden Dienstag, also nach den Erntewahlen für den Senat, die am Sonntag stattfinden, seine Demission einreichen werde. Das Blatt glaubt, daß Ministerpräsident Leagues mit der Neubildung des Kabinetts betraut werde und daß er die Mehrheit benutzen werde, um das Ministerium umzugestalten. Auf alle Fälle werde Leagues das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten behalten und auch seinen neuen Minister des Innern und neuen Minister des Krieges ernennen.

**Erste Lage in Oesterreich**

11. Paris, 5. Jan. Im Ministerrat teilte Ministerpräsident Leagues mit, daß die Lage in Oesterreich ernst sei, und daß die franz. Regierung Maßnahmen getroffen habe, um ihr zu begegnen.

**Ausdehnung des Belagerungszustandes in Irland**

Paris, 5. Jan. Nach einer Meldung aus London ist der Belagerungszustand in Irland auch auf die Grafschaft Clax und Wadford ausgedehnt worden. — Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ erklärten die Iren, alle Befehle des Generals French ignorieren zu wollen.

**Briefkasten der Redaktion**

„Gemeindeangelegenheiten“. Der Artikel ist in der von Ihnen abgefassten Form vollständig ungeeignet zur Aufnahme. Mit solch allgemeinen Behauptungen läßt sich nichts anfangen. Wir bitten um Angabe Ihrer Adresse, damit wir Ihnen schreiben können.

Schriftleitung: Georg Schyllin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlicht und Briefe Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Pfeifer; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

**Vereinsanzeiger**

Karlsruhe. (Gefangenschaft „Gleichheit“) Freitag, 1/8 Uhr, Singstunde im „Scheffelhof“. Samstag Generaterversammlung. Karlsruhe-Mühlburg. (Verband d. Lederarbeiter) Freitag, 7. Jan., abends 8 Uhr, im „Hirsch“ (unteres Lokal) Versammlung. Die Ortsverwaltung. „Volkshor Karlsruhe-West“. Freitag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, Wiederbeginn unserer regelmäßigen Singstunde. Vereinslokal Gasthaus zur „Stadt Karlsruhe“. Um mündliche Weitergabe wird gebeten. 2052 Der Vorstand. Jählings. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 8. d. d. d. abends 8 Uhr, Versammlung. Thema: Gemeindepolitik. 2054

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

Geburten. Will, Vater Peter Janz, Zementeur. Gerda Irene, Vater Wilhelm Denzler, Steuerdiener. Annaliese, Vater Johann Krüger, Bahnarbeiter. Erwin Hugo, Vater Adolf Fischer, Hofmeister. Irma Maria, Vater Herrm. Daud, Kaufm. Luise Emma, Vater Frdr. Kolmbach, Maurer. Hilda Franziska und Alfons Theodor, Vater Herrm. Kummel, Straßenbahnkassierer. Ernst Adalbert, A. Konstantin Jähringer, Schuhmacher. Richard, Vater Alfred Gantner, Kaufmann. Vetti, Vater Adolf Kühn, Schieferdecker. Albert Oswald, Vater Albert Gaidt, Schreiner. Josef, Vater Josef Radenmeier, Magazinarbeiter. Alfred Ludwig Friedrich, Vater Alfred Lehle, Schlosser. Otto Adolf, Vater Oskar Mümmel, Gewerkschaftssekretär. Friedrich Alfons, Vater Karl Wöhe, Schleifer. Ilse Emilie, A. Ludw. Wend, Gasarbeiter. Gesehlichkeiten. Dr. Richard Wunderlich von hier, Militär- Arzt im Stadt. Krankenhaus hier, mit Elisabeth Kirchner von Donaueschingen. Karl Kaiser von hier, Bauarch. hier, mit Emma Kunz von hier. Martin Sigler von Heilbrunn, Dipl.- Ing. in Baden, mit Emilie Hüther von Haldsburg. Jakob Scheidt von Gröbings, Maurer. alda, mit Luise Freifrau Witwe von Offenburg. Geburten. Ilse Emilie, A. Ludw. Wend, Gasarbeiter. Klaus Rudolf, A. Karl Allmendinger, Gipsmeister. Hilde Berta, A. Wilh. Marschmeyer, Masch.-Meister. Jul. Richard, A. Bernhard Bauer, Rosther. Hoffm. Gertrud Elise Adria, A. Wilh. Geb. Kaufmann, Walter, A. Eugen Menold, Hauptlehrer. Gerbert, A. Gg. Galtor, Kol.-Wachmeister. Todesfälle. Erik, alt 1 Jahr 4 Monate 25 Tage, Vater Otto Reutter, Chemiker. Elisabeth Friedrich, alt 71 Jahre, Witwe von Christoph Friedrich, Verkaufser. Wilhelm Eduard, Ratsherr, alt 76 Jahre. Wilhelm Weber, Tagelöhner, ledig, alt 69 Jahre. Luise Rinzer, alt 68 Jahre, Ehefrau von Julius Rinzer, Fabrikarbeiter. Heimit Kirchenbauer, Student, ledig, alt 21 Jahre. Amalie Schmutz, alt 78 Jahre, Witwe von Jakob Schmutz, Bahnmeister. Erwin, alt 4 Monate 27 Tage, A. Josef Minet, Schmied. Anna Körner, alt 40 Jahre, Ehefrau von Wendelin Körner, Monteur. Franz Müller, Schreiner, Ehemann, alt 88 Jahre. Mina Maier, alt 80 Jahre, Ehefrau von Eigmund Maier, Handelsmann. Walter, alt 1 Jahr 4 Mon. 2 Tage, A. Frdr. Funt, Bahnarb. Frdr. Leuser, Werkführer, Ehemann, alt 88 Jahre. Anna Kaefer, alt 62 Jahre, Witwe von Albert Kaefer, Privatmann. Mofa Hilbenbrand, ohne Beruf, ledig, alt 19 Jahre. Mary Freifrau Böcklin von Böcklinsau, alt 80 Jahre, Ehefrau von Ludwig Böcklin von Böcklinsau, General der Infanterie a. D. Ergellenz. Paul Wehrle, Hofoffiziant a. D., Witwer, alt 75 Jahre. Frdr. Stroebe, Priv., Ehemann, alt 57 Jahre.

**Weiternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwarte vom 6. Januar 1921**

Die Tiefdruck-Ausläufer brachten gestern weitere Niederschläge. Der milde Witterungscharakter blieb weiter bestehen. Die Temperaturen stiegen wieder auf 10 Grad an. Das fühlbare Hoch bringt nunmehr nordwärts vor und wird zu zeitweiliger Aufbesserung führen. — Voraussichtliche Witterung bis Freitag nach 12 Uhr: Zeitweiliger Aufbesserung, meist trocken, ziemlich milde



**Erklärung.**  
Ich nehme die Beleidigung gegen den Formier Herrn Jäger hiermit mit Bedauern zurück.  
Hr. Brenner.

**Beleidigung zur Bekämpfung.**  
Der Unterzeichnete nimmt die gegen den Dachdecker Josef Kiesel ausgebrochene Beleidigung mit Bedauern zurück.  
Kastell-Neheim, 1. Jan.  
Georg Schmid, Landwirt.

**Galerie Moos**  
Kaiserstr. 187. 2044  
Januar 1921  
Otto Dill  
O. Gracher  
M. Ackermann  
A. Jansen  
Werktags 10-5  
Sonntags 11-1.

**Hohe Preise!**  
für gebr. Kleider, Uniformen, Schuhe, Mäntel, Vorhänge, Federbetten etc. zahlr.  
S. Agetrad, Telefon 3880, Offenbachstr. 32.

Die guten, echten  
**Leipziger Pelze**  
Qualitätsware.  
Inwieweit  
Große Auswahl  
Wirklich preiswert.  
Besonders vor-  
treffliches An-  
gebot  
Alaska - Füchse  
Keine leere Ladungen!  
Nur  
Karl-Friedrich-  
str. 6, 1. Trepp.  
J. Schorpp,  
neben Spiegel &  
Wels. Nähe  
Schloßplatz.  
5423

**Anarbeiten und Verarbeiten** v. Matrasen und Polstermöbel wird billig und sauber ausgeführt bei  
Kammerer, Wilhelmstr. 35, Ecke Werberpl.  
**Mädchen** welches das Kochen lernen kann, bei hohem Lohn sofort gesucht.  
„Zum Strauß“, Werberstr. 88.

Samstag, den 8. Januar, abends 7/8 Uhr  
Konzerthaus Karlsruhe.  
**HANNELORE**  
Ziegler tanzt:  
Plastik und Tänze eigener Gestaltung  
Kleines Orchester: Leitung: H. Fichter.  
Mitglieder des Bad. Landesth.-Orchesters.  
Der Ibach-Flügel a. d. Lager d. H. J. Kunz  
Karten zu Mk. 10.—, 8.—, 6.—, 4.—, 3.—  
(ausschl. Steuer) im Vorverkauf: Fr. Doert, Musikalienhandlg., Kaiserstr. 159.

**Freie Turnerschaft Karlsruhe (F. T.)**  
Sonntag, 9. Januar 1921, nachmittags 5 Uhr, im großen Saale der Festhalle  
**Winter-Fest**  
mit Konzert und Ball  
Mitwirkende:  
Frau Margarete Witz für heitere Mitteilungen und das Hornquartett vom Bad. Landestheater, Gesangverein Vorwärts, Turnereinen und Turner.  
2007  
Programme einschließlich Steuer und Einlagegebühr Mk. 2.50 bei den Vereinstaffelieren und an der Kasse erhältlich.

**Madame Dubarry**  
Der beste deutsche Film nach Urteil sämtlicher Fachleute.  
2013

**ERÖFFNUNG**  
unserer bisherigen Geschäftsräume  
heute nachmittag 4 Uhr.  
Wir bieten als  
groses Spezialhaus für  
Damen- und Kinder-Konfektion  
grosse Vorteile.  
Zur zwanglosen Besichtigung laden ein  
**HUGO LANDAUER**  
Karlsruhe — Kaiserstrasse 145.

Per 15. Februar oder später großes, unmobiliert.  
**Parterre-Zimmer**  
nur Südstadt, für Geschäfte, Büros zu mieten gesucht. Offert. u. Nr. 2027 an das Volksfreund-Büro.

**Badisches Landestheater.**  
Donnerstag, den 6. Januar 1921. 74  
**Rigoletto**  
Anfang 7 Uhr. 17.— Ende geg. 9 1/2 Uhr.  
**Volksbühne.** 75  
Im Konzerthaus.  
Donnerstag, den 6. Januar. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 10 Uhr.  
**GS Heim'funden.**

**Stenographie-Kurse.**  
Der Stenographen-Verein Stolze-Schrey Karlsruhe beginnt am Dienstag, den 11. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Schulhaus der Gartenstraße Nr. 22, III. Stock, folgende  
**Stenographie-Kurse:**  
a) einen Anfänger-Kurs. Honorar 30 Mk.  
b) Debattenschrift-Kurs. Honorar für Nichtmitglieder 25 Mk. Mitglieder . . . 5 Mk.  
c) einen Fortbildungskurs (Systemwiederholung). Honorar für Nichtmitglieder 20 Mk. Mitglieder . . . 5 Mk.  
Die Kurse stehen unter fachmännischer Leitung.  
Anmeldungen beim Eröffnungsabend oder an den Vorstand des Vereins, Hauptlehrer F. Lehmann, Kornblumenstraße 1, hier. 2045

**Badische Gummibesohl-Anstalt** 2044  
Douglasstrasse 20  
Liefert nach eigenem neuestem Klebverfahren bei fachmännischer Ausführung und promptester Bedienung  
Herrensohlen und Absätze, Liga . . . Mk. 28.—  
Damensohlen „ „ „ „ 25.—  
Herrensohlen u. Absätze, Platten-gummi „ 22.—  
Damensohlen „ „ „ „ 20.—  
Kindersohlen „ „ „ „ billigt.  
**K. A. Bürk**  
Douglasstr. 20, gegenüber d. Hauptpost

**Die Abänderung der Verwaltungsgebührenordnung betr.**  
Nach Verordnung des Ministeriums des Innern vom 24. Dezember 1920 wird für die Erteilung nachgenannter Urkunden folgende Lage erhoben:  
Reisepaß oder Personalausweis als Bahnerlös für Reichsland . . . . . 10 Mk.  
für Reisen in das belegte rheinische Gebiet, nach den Abteilungsgebieten und nach Ostpreußen . . . . . 3 Mk.  
für Reisen ins Ausland . . . . . 15 Mk.  
Verlängerung derselben für Reichsland für Reisen in das belegte rheinische Gebiet, nach den Abteilungsgebieten und nach Ostpreußen . . . . . 3 Mk.  
für Reisen ins Ausland . . . . . 8 Mk.  
Erteilung des Sichtvermerks zu einem Paß oder Personalausweis als Bahnerlös für einfache Ausreise-Sichtvermerk . . . . . 15 Mk.  
für Mehrfache-Sichtvermerk . . . . . 20 Mk.  
für Dauer-Sichtvermerk . . . . . 25 Mk.  
Reiseausweis . . . . . 10 Mk.  
Ausweis für den Zweck des Wuhens im besetzten Gebiet (Bräutertopfschleier) . . . . . 3—10 Mk.  
Staatsangehörigkeitsausweis . . . . . 5 Mk.  
Deimtschein . . . . . 10 Mk.  
Legitimationskarte für Handelsreisende . . . . . 20—1000 Mk.  
Legitimationskarte zur Beförderung von Wandergewerbetreibenden auf Eisenbahnen . . . . . 10 Mk.  
Wandergewerbetreibenden . . . . . 20 Mk.  
Ausdehnung eines solchen Scheines auf einen andern Bezirk . . . . . 20 Mk.  
nachträgliche Aufnahme anderer Personen in den Schein . . . . . 10 Mk.  
Ordnungsschein für den Hausbetrieb am Wohnort (§ 42 b der Gewerbeordnung) . . . . . 20 Mk.  
Legitimationschein für gewerbetreibende . . . . . 20 Mk.  
Beteiligung von Bruchstücken (§ 43 der Gewerbeordnung) . . . . . 20 Mk.  
Fischerkarte: auf ein Jahr für Personen, welche die Fischerlei gewerbetreibend ausüben . . . . . 20 Mk.  
für andere Personen . . . . . 20—1000 Mk.  
auf 4 Wochen . . . . . 20—100 Mk.  
Radfahrkarte . . . . . 10 Mk.  
Karlsruhe, den 3. Januar 1921. 72  
Bad. Bezirksamt, — Polizeidirektion D.-B. 1

**Färberei u. chem. Wasch-Anstalt**  
**Geschw. J. & F. Schmitt**  
Hauptgeschäft Scheffelstr. 53  
Liefert in 8-10 Tagen in allen Farben.  
Spezialität: Färben nach Muster.  
Aufträge werden in sämtlichen Annahmestellen der  
**Kragewäscherei Schorpp**  
entgegen genommen. 6221

**Guten Mittag- und Abendbrot** erhält man  
Schützenstr. 66, part.  
**Hütte**  
mit eingebauten Stallungen für Kleintierzucht, gut geeignet, Größe 2,50 m breit, 2,50 m hoch und 2,30 m lang. Dasselbe 4teilig. Preisfall billig zu best. ufen.  
Dannow, Dalmer Nr. 13.

**Neu eröffnet!**  
**Strumpf-Erneuerungs-Anstalt**  
verbunden mit Maschinen-Strickerei, wo Strickarbeiten aller Art ausgeführt werden. 6206  
Ebenso werden Strümpfe und Socken aus allem möglichen Material tauschlos erneuert in der Maschinen-Strickerei  
**L. Engelhard, Gartenstr. 11, Hth. III.**  
Eigenes Woll-Lager.

**Durlacher Anzeigen.**  
**Sängerbund Vorwärts Durlach.**  
Samstag, den 8. ds. Mt., abends pünktlich 8 Uhr, findet im Lokal „Zum Lamm“ unsere diesjährige ordentliche  
**General-Versammlung**  
statt. Anträge hierzu wollen bis spätestens eine Stunde vorher im Lokal abgegeben werden.  
Vollständiges Erscheinen, auch der Passivität, erwünscht.  
Der Vorstand.

**Kochmehlverteilung.**  
Die Weiterverteilung von ausländischem Kochmehl erfolgt von Samstag, den 8. ds. Mt., ab in den hiesigen Bäckereien, sowie Weibverkauftellen und in den Verkaufsgeschäften des Konsumvereins. Ausgegeben werden pro Kopf der Bevölkerung 900 Gr. Die Ausgabe findet auf die Fußgänger A 3 statt. Die Abholung muß bis 15. ds. Mt., beendet sein.  
Die Abrechnung der Marke von der Stammkarte erfolgt in dem Verkaufsgeschäft.  
Die Abgabe von Mehl ohne Bezugsmarken ist jedem Geschäft freigegeben unterlagt. Bei Nichtbefolgung würde das betr. Geschäft von dem ferneren Verkauf ausgeschlossen werden.  
Der Preis beträgt 5 Mk. für das Pfund.  
Durlach, den 5. Januar 1921. 77  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Franz Tenß**  
Kraustr. 20 - Tel. 1100.  
Buchdruckerei  
Buchbinderei  
Bestellt nach alle ein-  
schlägigen Arbeiten,  
Druckarten 1. Stunde  
Bei Abgabe obig. Material  
gebühre ich auf sämtliche  
Baren 5% Rabatt.

**Nierenweil, bei Nieren-  
erkrankungen, Harnteiden aller  
Art, Leukorrhoe, Gicht, Krampf**  
Wenden Sie sich  
vertrauensvoll an  
Facharzt  
**Dr. Wirz, Karlsruhe**  
111 - 1111111111111111

**Kaufe**  
getrag. Kleider, Schuhe,  
Weißzeug, Möbel, aller  
Art, zu realen Preisen.  
**H. Schap,**  
67 Kaiserstraße 67  
(Eingang Waldhornstr.)

**Kriegsbeschädigte  
Hinterbliebene  
Ausschlüsse  
Behörden**  
finden  
über alle  
Frage der  
Militärversorgung  
zuverlässig Auskunft im  
**Kommentar zum  
Reichsversorgungsgesetz**  
von Hermann Müller  
Die Mitwirkung des Ver-  
fassers an dem Gesetz als  
Berichterstatler des Aus-  
schusses verbürgt gründ-  
liche und zutreffende Er-  
läuterung. Ein wertvoller  
Anhang mit d. wichtigsten  
einschlägigen Gesetzen u.  
Ausführungsbestimmungen.  
ergänzt vorteilhaft den  
Kommentar.  
Preis Mk. 6.40  
Porto extra.  
**Volksbuchhandlung**  
Karlsruhe, Kaiserstr. 14 15.

**Neue Anzüge**  
aus gebr. Stoffen, Einzel-  
tag, Sonntag, Gebrauchs-  
anzüge, Weber, leber und  
Kleider, reich, Damen-  
Scheidungsstücke, 2. u.  
3. Etage, Halbjahre  
2,30 m lang, Dasselbe  
Ganzjahres, Preis abzu-  
geben. Offert. u. Nr. 3211  
bei Agetrad. 2004

**General-Versammlung**  
Samstag, den 8. ds. Mt., abends pünktlich 8 Uhr, findet im Lokal „Zum Lamm“ unsere diesjährige ordentliche  
**General-Versammlung**  
statt. Anträge hierzu wollen bis spätestens eine Stunde vorher im Lokal abgegeben werden.  
Vollständiges Erscheinen, auch der Passivität, erwünscht.  
Der Vorstand.

**Durlacher Anzeigen.**  
**Sängerbund Vorwärts Durlach.**  
Samstag, den 8. ds. Mt., abends pünktlich 8 Uhr, findet im Lokal „Zum Lamm“ unsere diesjährige ordentliche  
**General-Versammlung**  
statt. Anträge hierzu wollen bis spätestens eine Stunde vorher im Lokal abgegeben werden.  
Vollständiges Erscheinen, auch der Passivität, erwünscht.  
Der Vorstand.

**Kochmehlverteilung.**  
Die Weiterverteilung von ausländischem Kochmehl erfolgt von Samstag, den 8. ds. Mt., ab in den hiesigen Bäckereien, sowie Weibverkauftellen und in den Verkaufsgeschäften des Konsumvereins. Ausgegeben werden pro Kopf der Bevölkerung 900 Gr. Die Ausgabe findet auf die Fußgänger A 3 statt. Die Abholung muß bis 15. ds. Mt., beendet sein.  
Die Abrechnung der Marke von der Stammkarte erfolgt in dem Verkaufsgeschäft.  
Die Abgabe von Mehl ohne Bezugsmarken ist jedem Geschäft freigegeben unterlagt. Bei Nichtbefolgung würde das betr. Geschäft von dem ferneren Verkauf ausgeschlossen werden.  
Der Preis beträgt 5 Mk. für das Pfund.  
Durlach, den 5. Januar 1921. 77  
Kommunalverband Durlach-Stadt.